

Europas geopolitische Herausforderungen und Chancen

Die CRINC-Staaten China, Russland, Iran und Nordkorea fordern die USA und Europa heraus. Trotz erheblicher rechtspopulistischer Tendenzen im alten Westen bleibt es einstweilen dabei, dass es sich in Nordamerika und Europa um freiheitliche Demokratien handelt. Noch ist Ungarn das einzige Land innerhalb der westlichen Gemeinschaft, in dem wesentliche Bastionen der freiheitlichen Demokratie nahezu vollständig geschliffen wurden. Obwohl Europa sorgenvoll auf die Amtsübernahme Donald Trumps schaut, bleiben die Checks and Balances in den USA wirksam. Dass die USA kein Zentral- sondern ein föderaler Bundesstaat sind, wird dabei von Bedeutung sein. Wenn die Europäer klug und geeint auftreten, werden die USA zu keinem Gegner europäischer Souveränität werden. Letztere wird durch andere Mächte bedroht.

Die zentrale Herausforderung für die USA besteht im Aufstieg Chinas zur Weltmacht und in Chinas Anspruch, zumindest in Asien eine eigene Ordnung zu errichten, in der die USA keinen Platz mehr haben. Europas Freiheit wird auch durch China, unmittelbar aber durch das aggressive Ausgreifen Russlands in Osteuropa bedroht. Der weitere Verlauf des Ukrainekriegs wird für die Ordnung der Welt in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich sein. Erfolg oder Misserfolg Russlands ist auch für den schwelenden Taiwankonflikt sowie für die Lage auf der nordkoreanischen Halbinsel relevant. China beobachtet den europäischen Kriegsschauplatz sehr genau.

Die Europäer dürfen den CRINC nicht den Gefallen tun, sich unter dem Druck ihrer hybriden Angriffe, des offenen Krieges in der Ukraine und transatlantischer Divergenzen spalten zu lassen. Nur gemeinsam und mit den USA werden sie auch

das Regime in Iran in Schach halten und zur Stabilität einer nahöstlichen Nachkriegsordnung beitragen können. Die EU und die USA dürfen sich nicht voneinander entfernen. Vielmehr müssen sie sehr viel enger zusammenrücken und, so sehr dies mit Blick auf die Befürchtungen vor Trumps zweiter Präsidentschaft erstaunen mag, mehr Nähe zu den Vereinigten Staaten suchen.

Macht Trump seine Zolandrohungen wahr, wäre Deeskalation besser als eine die europäische Wirtschaft gefährdende protektionistische Antwort. Die Europäer sollten, statt eigene Zölle zu erheben, einen gemeinsamen Binnenmarkt mit ganz Nordamerika anstreben. Trump wird einseitig erhobene Zölle schnell bereuen. Die Inflation im eigenen Land und ein aufwertender Dollar werden starke Argumente gegen Handelsbarrieren liefern. Europa braucht Geduld und eine klare strategische Perspektive.

Ein engeres Zusammengehen Europas und Nordamerikas ist ebenso wenig eine naive Vorstellung, wie es exklusiv sein darf. Diese Allianz muss neben den Demokratien all die Staaten der Welt einschließen, die ein Interesse an einer regelbasierten Ordnung haben, und darf nicht als Gegensatz zu den Entwicklungszielen der BRICS-Staaten erscheinen. Brasilien, Indien und Südafrika sind bei allen Be-

sonderheiten auch Demokratien und vor allem keine revisionistischen Mächte.

Europa, Nordamerika, die Demokratien der Welt und sogar autoritär regierte Staaten, die nicht revisionistisch sind, sollten sich gemeinsamen Entwicklungs- und Klimaschutzziele widmen und sich nicht in den Strudel reißen lassen, den die CRINC-Staaten auszulösen drohen. Dann besteht auch eine Chance auf eine friedliche Koexistenz mit China, das wie Europa und weite Teile Asiens rapide altert und schon deshalb auf internationale Zusammenarbeit angewiesen ist. Unabdingbare Voraussetzung für die Wiederherstellung einer gemeinsamen Weltordnung ist, dass Europa seinen zentrifugalen Tendenzen entschlossen entgegenwirkt. In der in ihrem Kern bereits angelegten föderalen Ordnung der Europäischen Union liegt der Schlüssel zum Erfolg.

Christian Moos, Generalsekretär der Europa-Union Deutschland



Seit 1. Dezember im Amt: Kaja Kallas ist die neue EU-Außenbeauftragte und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Als Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik hat die ehemalige estnische Premierministerin (2021 bis 2024) einen der Spitzenjobs der Union inne und wird angesichts der geopolitischen Herausforderungen, vor denen die EU aktuell steht, künftig eine bedeutende Rolle einnehmen.

Foto: Europäische Union, 2024

34. Europäischer Abend

USA und Europa: Perspektiven und deutsche Verantwortung

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Ausgangs der US-Präsidentenwahl diskutierten beim Europäischen Abend am 12. November die Bundestagsabgeordneten Verena Hubertz, stv. SPD-Fraktionsvorsitzende, Andreas Jung, stv. CDU-Bundesvorsitzender, Agnieszka Brugger, stv. Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, und FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai über die Zukunft der Partnerschaft Europas mit den USA. Die ursprünglichen Panelgäste Lars Klingbeil, Friedrich März und Christian Linder hatten aufgrund der politischen Entwicklungen nach dem Ende der Ampel-Regierung in der Vorwoche ihre Teilnahme kurzfristig absagen müssen. Mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten die Diskussion im dbb forum in Berlin.

Die Vizepräsidentin der Europa-Union Deutschland, Chantal Kopf MdB, betonte zur Eröffnung, dass die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und das Aus der Ampel-Koalition gezeigt hätten, dass es mehr denn je „aller Demokratinnen und Demokraten für ein geeintes und starkes Europa“ bedürfe. Es sei zudem an der nächsten Bundesregierung, sich in den Prozess der anstehenden EU-Erweiterungen einzubringen. „Insgesamt geht es jetzt mehr denn je darum, nationale und europäische Interessen zu verbinden“, analysierte Kopf. Das gelte für ein gesamtpolitisches Denken der Migrationspolitik ebenso wie für klare Konse-



Moderatorin Katharina Kühn (l.) mit den Panelgästen aus dem Bundestag (v. l.) Andreas Jung, Agnieszka Brugger, Verena Hubertz und Bijan Djir-Sarai

quenzen auf antidemokratische Tendenzen.

Die Podiumsgäste widmeten sich unter der Moderation von Journalistin Katharina Kühn den Perspektiven für das Verhältnis zwischen den USA und Europa – sowie der deutschen Verantwortung dafür.

Auf die Frage, ob Deutschland auf eine zweite Amtszeit von Donald Trump vorbereitet sei, antwortete Verena Hubertz mit „Ja“. Die Regierung habe alle Eventualitäten durchdacht. Wie es nun tatsächlich komme,

könne niemand vorhersehen. Fakt sei jedoch: „Deutschland braucht die transatlantische Beziehung zu den USA und darf sie nicht abbrechen.“ Hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei es aber – etwa mit Blick auf die Diskussion um Strafzölle – unerlässlich, dass die Europäische Union geschlossen auftrete. Hier gebe es aber noch Luft nach oben: Beispielsweise hätten noch nicht alle europäischen Staaten das Wirtschafts- und Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) in nationales Recht umgesetzt. „Es darf nicht sein, dass sich die Welt fünfmal dreht, bevor wir etwas zustande bekommen. Wir müssen unsere PS auf die Straße bekommen.“

Andreas Jung zeigte sich überzeugt: „Trump beeindruckt wirtschaftliche Stärke. Wir sollten aber nicht gegenseitig Zollgrenzen hochziehen. Stattdessen sollten wir für beide Seiten der transatlantischen Partnerschaft das Beste herausholen.“ Von einer besseren innereuropäischen Zusammenarbeit erhofft sich Jung für Deutschland insbesondere, dass etwa in der Energie- und Sicherheitspolitik vorhandene Synergien genutzt werden können: „In der Energiepolitik haben wir enge Partnerschaft gelobt, aber uns nicht auf eine Strategie geeinigt. Wir brauchen den Anspruch, die Dinge zusammenzubringen.“ Auch bei der Modernisie-



EUD-Vizepräsidentin Chantal Kopf MdB eröffnete den 34. Europäischen Abend.

Alle Fotos: Marco Urban

rung der Bundeswehr gehe es nicht nur um Geld: „Wir müssen auch hier europäische Synergien nutzen.“

„Die zweite Amtszeit Trumps wird mit Sicherheit noch schlimmer als die erste“, warnte Agnieszka Brugger. Sie sah ebenfalls Handlungsbedarf hinsichtlich der deutschen und europäischen Sicherheit: „Wir müssen uns bei den Verteidigungsausgaben in Richtung drei Prozent bewegen und wir müssen die transatlantische Zusammenarbeit durch ein Netz von Kooperationsabkommen mit anderen Weltregionen ergänzen.“ Sie wies zudem darauf hin, dass Trump in seiner ersten Amtszeit bereits immer wieder – teils erfolgreich – versucht habe, die Europäer gegeneinander auszuspielen. „Er wird es wieder versuchen, gerade beim Thema Sicherheit. Also müssen wir in den nächsten Jahren massiv in die europäische Sicherheit investieren. Notfalls auch im Rahmen eines weiteren Sondervermögens.“

gemeinsamen Werte hochhalten.“ Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine äußerte Djir-Sarai die Sorge, dass „das am Ende ein Diktatfrieden sein könnte“, der zudem die Basis für weitere Konflikte biete. Auch hier müsse die EU sich stark und geschlossen präsentieren: „Die Putins dieser Welt beeindruckt uns nur mit wirtschaftlicher Stärke.“

In seinem Schlusswort betonte dbb Vize Andreas Hemsing: „Die transatlantischen Beziehungen werden für Deutschland wie auch für die Europäische Union von grundlegender Bedeutung bleiben. Daher wird es unverzichtbar sein, den Dialog mit der kommenden US-Administration zu führen, auch wenn ein rauherer Wind aus Washington wehen sollte. Deutschland muss dabei seiner Verantwortung gerecht werden und trotz des heraufziehenden Wahlkampfes partiübergreifend klare Signale an alle Partner senden: Gemeinsam wollen wir Demokratie und Rechtsstaat verteidigen.“ Klare Signale

tung“, bekräftigte Hemsing.

Der Europäische Abend ist eine Kooperation von Europa-Union Deutschland und dbb beamtenbund und tarifunion mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland.

*Text: dbb beamtenbund und
tarifunion/EUD*



**Europa-Union
Deutschland**

Impressum

4 & 5/2024

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Birgit Kößling (v. i. S. d. P.)
Birka Meyer-Georges

Redaktionsanschrift:

Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7.12.2024
Annahmetermin für Ausgabe 1/2025: 16.2.2025
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <https://www.gorres-druckerei.de>



Volles Haus im dbb Forum Berlin: Wegen des großen Interesses musste die Diskussion in einen zweiten Raum übertragen werden.

Bijan Djir-Sarai beantwortete die Frage, ob Deutschland gut auf eine zweite Amtszeit von Donald Trump vorbereitet sei, im Gegensatz zu Hubertz mit einem klaren „Nein“. Die USA würden zukünftig eine „knallharte Interessenpolitik“ betreiben und sich auf die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit China fokussieren. „Warum soll der amerikanische Steuerzahler die europäische Sicherheit finanzieren? Unter diesen Umständen brauchen wir mehr Europa. Wir müssen unsere Interessen artikulieren und unsere

bräuchten auch die Bürgerinnen und Bürger, so Hemsing weiter. Deren Verunsicherung spürten seine Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst schnell. „Verunsicherung aber ist Gift für die liberale Demokratie und die Abwehrkräfte gegen Populismus, der unsere rechtsstaatlichen Grundsätze porös werden lässt. Auch deshalb sind eine stabile europäisch-atlantische Ordnung und die Absicherung gegen eine autoritäre Umformung unserer Gesellschaft für uns im öffentlichen Dienst von allergrößter Bedeu-

Verspielt Europa nicht!

Interview mit EUD-Ehrenpräsident Elmar Brok

EUROPA AKTIV (EA): Was bedeutet der Ausgang der US-Präsidentenwahl für die Europäische Union, was für die Zukunft der Ukraine?

ELMAR BROK: Das Ergebnis der US-Wahlen und die aggressive revisionistische Politik Putins sind die endgültige Mahnung, dass die EU in der Lage sein muss, geeint ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen wahrzunehmen und die Einhaltung des von Putin gebrochenen Völkerrechts in Europa zu gewährleisten. Nur als Einheit haben die europäischen Völker das dafür nötige spezifische Gewicht.

Das heißt, mehr Synergien in der Verteidigungspolitik zu schaffen. Der Kommissar Kubilius mit dem neuen Ressort für europäische Rüstungsindustrie muss die Standardisierung, gemeinsame Entwicklung und Beschaffung in der Rüstungspolitik durchsetzen. Schon heute geben die EU-Staaten mehr als 300 Mrd. Euro für Verteidigung aus, aber wegen des Mangels an Kooperation mit einem katastrophal schlechten Ergebnis.

Trump will – mit Hilfe der Techriesen wie Musk – mit einer Zusammenballung von ökonomischer, technologischer, kommunikativer und politischer Macht in den Händen Weniger erst die USA und dann die Welt unter Führung der USA verändern. Die heutige Diskussion über Zölle berührt nur die Oberfläche.

Wann begreifen das Berlin, Paris und all die anderen Hauptstädte, dass wir nur gemeinsam die Souveränität für unsere Völker zurückgewinnen können?

EA: Ist ein vereintes Europa ohne Westbindung möglich? Wie sähe ein solches Europa aus?

BROK: Die letzten 75 Jahre haben bewiesen, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen den USA und den sich einenden

Demokratien Europas der klügste Weg – unter Einschluss der NATO – ist. Das funktioniert aber in der Zukunft nur, wenn die EU eigene Stärke in diese Partnerschaft einbringt. Für den Fall, dass die USA teilweise oder völlig ausfallen sollten, haben wir gar keine andere Wahl, eigene Fähigkeiten schon jetzt zu entwickeln. Dazu gehört auch die Überwindung des Vetos in außen-, sicherheits-, handels- und auch einigen finanzpolitischen Fragen.

EA: Der Titel Ihres neuen Buchs lautet „Verspielt Europa nicht!“. Sehen Sie Grund für Alarmismus?

BROK: Die Zeit rennt uns davon. Die Welt ist in einem rasanten Veränderungsprozess. Machtgewichte verschieben sich, multilaterale Vereinbarungen im Handel oder im Klimaschutz verlieren an Bedeutung, Kriege werden auch in Europa wieder geführt, das wirtschaftliche und politische Gewicht Europas wird geringer. Wollen wir Gestaltungsfähigkeit behalten oder zu Vasallen und bloßen Objekten werden? Merkt Berlin nicht, dass es allein kein Player ist, sondern nur als Teil einer funktionierenden und ambitionierten EU?

EA: Hat die aktuelle Politikergeneration Europa nicht verstanden?

BROK: Die großen Gestalter der EU waren unter Eindruck der Weltkriege, des Kalten Krieges und der diktatorischen Beherrschung Mittel- und Osteuropas zu mutigen, oft auch anfangs unpopulären Schritten in der Lage. Heute sehe ich viel Zwergenhaftes unter dem Mantel eines neuen Glaubens an die Macht des Nationalstaates, der über die Jahrhunderte so viel Leid für die Menschen gebracht hat. Der Nationalstaat ist Träger von Identität, aber er muss im Rahmen Europas gebändigt werden. Sonst verstößt er gegen die heutigen und zukünftigen Interessen der Bürger.

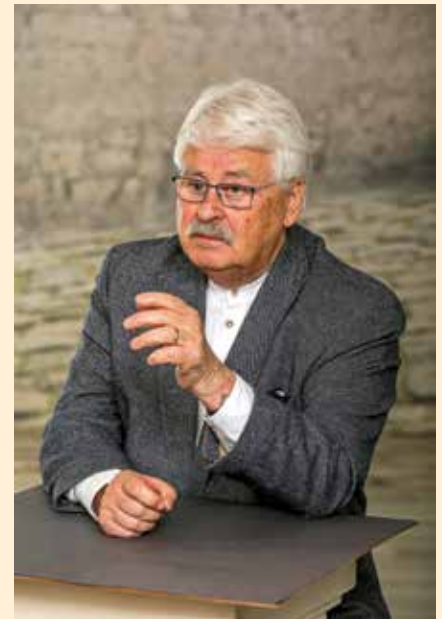


Foto: Frank Nitschke

EA: Ist die europäische Idee stark genug, dem Ansturm der Populisten und dem Revanchismus der autoritären Mächte, allen voran Russlands, standzuhalten?

BROK: Es lohnt sich, für diese europäische Idee zu kämpfen. Wir haben keine andere Wahl, um Demokratie, Werte und Interessen zu verteidigen. Dafür ist es aber auch notwendig, Übertreibungen zu vermeiden und die strategischen Ziele mehr in den Vordergrund zu stellen. Rechte und linke Populisten bejubeln gleichermaßen Putin und Trump – ich will nicht beide völlig gleichsetzen – und verstoßen dabei eklatant gegen unsere Interessen. Diese Art von Nationalismus ist das Gegenteil von dem, was er vorgibt zu sein. Nationalismus und die sogenannten starken Männer haben immer nur Unheil und Krieg verursacht.

EA: Sie beklagen in Ihrem Buch, die erste Kommission von der Leyen habe keine Ideen zur Reform der EU entwickelt. Was können wir realistisch von der neuen Kommission erwarten?

BROK: Seit Jacques Delors haben alle Kommissionen und das EP für die Fortentwicklung der EU kooperiert. In den letzten fünf Jahren gab es eine Verhinderungs-

kooperation zwischen Kommission und Rat. Auch hat Macron, der Reformen wollte, keinen deutschen Bundeskanzler angetroffen, der zu mutigen Schritten bereit war. Paris, Berlin und Warschau müssen sich jetzt schnell zu Reformen verabreden und im Europäischen Rat dafür werben. Alle drei Institutionen müssen sich auf ein vorwärtsweisendes, realistisches Reformprogramm für mehr Handlungsfähigkeit einigen.

EA: Welche konkreten Reformen halten Sie für geboten?

BROK: Angesichts der Ängste vieler Regierungen, die zum Teil ihre Ursache in den verlorenen Referenden zum Verfassungsvertrag und der heute größeren Mitgliederzahl der EU haben, der mangelnden Einheit unter den Mitgliedern und der bisherigen Haltung der Kommission sehe ich heute keine realistische Chance für eine

große Vertragsreform. Deshalb braucht es einzelne Schritte, die durch die heutigen Herausforderungen begründet werden können. Im Übrigen haben wir keine Zeit, auf eine mögliche Reform, die einschließlich des Ratifikationsprozesses mindestens fünf Jahre dauern würde, zu warten.

Deshalb sollten in dieser Phase alle Instrumente des Vertrages von Lissabon ausgeschöpft werden. Das EP hat im Bericht Bresso/Brok in der vorletzten Legislaturperiode eine Vielzahl von Möglichkeiten aufgezeigt. Dabei sollte jetzt auch der Fokus auf das dringend Notwendige gelegt werden. Dazu gehört vor allem die Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU in der Außen-, Verteidigungs- und Handelspolitik und bei den Unternehmenssteuern zur Verteidigung gegen vor allem amerikanische Techriesen.

Nicht nur die Kandidaten für den EU-Beitritt müssen die Kopenhagener Kriterien erfüllen, sondern auch die EU mit dem

Ausbau der Integrationsfähigkeit. Deshalb sollten reformwillige Staaten eine notwendige Reform der EU zur Bedingung für die Erweiterung machen. Ohnehin braucht die Erweiterung der EU einen schrittweisen Ansatz, um den Bürgerinnen und Bürgern der Kandidatenländer angesichts der russischen Einmischungen schneller den Nutzen der EU zugutekommen zu lassen.

Wir Europäische Föderalisten sollen aber auch in dieser taktischen Phase unsere Ziele nicht aufgeben.

Elmar Brok gehörte von 1980 bis 2019 dem Europäischen Parlament an und hatte dort von 1999 bis 2007 und von 2012 bis 2017 den Vorsitz des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten inne. Er war Präsident der Europa-Union Deutschland von 1999 bis 2006 und Präsident der Union Europäischer Föderalisten (UEF) von 2013 bis 2017.

Parlamentarisches Europaforum Prioritäten junger Menschen für die Bundestagswahl

Nach fünf Jahren Pause fand am 5. Dezember das Parlamentarische Europaforum (PEF) erstmals wieder in Präsenz statt. Das traditionelle Format der Europa-Union Parlamentarierrgruppe und der JEF Deutschland war auch inoffizieller Auftakt der Bundestagswahlkampagne „Deutschland wählt, Europa zählt!“, die JEF und Europa-Union in den kommenden Wochen umsetzen werden.

Junge Menschen sind nicht nur die am stärksten von den Folgen politischer Entscheidungen betroffene Gruppe, sondern auch diejenigen, die am meisten vom Erfolg eines vereinten Europas profitieren. Doch wächst auch bei ihnen die Skepsis gegenüber der EU. Die Shell-Jugendstudie etwa hebt hervor, dass viele junge Menschen zwar die europäische Idee unterstützen, aber das Gefühl haben, ihre Perspektiven würden von der Politik zu wenig berücksichtigt. Das PEF stand daher unter dem Titel „Europa mitgestalten – Prioritäten junger Menschen für die Bundestagswahl 2025 und darüber hinaus“.

JEF-Bundesvorsitzende Melanie Thut begrüßte die mehr als 70 überwiegend jungen Teilnehmenden im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages. Ihre Stellvertreterin Carolin Robert leitete die Diskussion entlang der Themenschwerpunkte Demokratie, Europäische Friedenspolitik und Klimaschutz. Rede und Antwort standen der Vorsitzende der EUD-Parlamentarierrgruppe, Dr. Yannick Bury MdB (CDU), und die stellvertretenden Vorsitzenden Thomas Hacker MdB (FDP), Josip Juratovic MdB (SPD) und Chantal Kopf MdB (Bündnis 90/Die Grünen). Wie im Format der Fishbowl-Diskussion üblich, konnten sich Teilnehmende auf den freien Publikumsplatz auf dem Panel setzen und ihre Fragen den Abgeordneten direkt stellen.

Diese waren sich einerseits einig, dass Europa im Bundestagswahlkampf stärker vorkommen müsse, da viele Probleme in den Mitgliedstaaten vor allem durch Regelungen auf EU-Ebene gelöst werden können. Als Beispiele wurden die Bereiche Wirtschaft und Wettbewerb genannt, aber auch der Digital Service Act, mit dem u. a. Online-



Volle Ränge beim Parlamentarischem Europaforum im Bundestag
Lutz Gude/JEF Deutschland

Plattformen dazu verpflichtet werden sollen, gegen die Verbreitung von Desinformation in den Sozialen Medien vorzugehen. Besonders im Bereich Klimaschutz und nachhaltiger Mobilität wurden in den Antworten der Abgeordneten aber auch Unterschiede in der Analyse und den vorgeschlagenen Maßnahmen deutlich.

In der Debatte kamen die Bedrohungen durch Desinformation im Wahlkampf und durch Cyberattacken als Mittel der hybriden Kriegsführung auch gegen deutsche Krankenhäuser und Energieinfrastruktur immer wieder zur Sprache. Somit war es ein passender Zufall, dass das PEF im Sitzungssaal des Ausschusses für Digitales stattfand. ■

Offene Grenzen statt Schlagbäume JEFer:innen demonstrieren in Schengen

Bereits vor 75 Jahren haben junge Föderalistinnen und Föderalisten aus Deutschland und Frankreich die Schlagbäume an der Grenze zersägt und für ein grenzenloses Europa gekämpft – und so dürfen wir es heute nicht hinnehmen, dass der Stellenwert des Schengener Grenzkodexes durch politische Entscheidungsträgerinnen und -träger zunehmend verwässert und zum politischen Spielball gemacht wird!

So haben wir JEF vor einem Monat eine Petition gestartet unter dem Motto „Offene Grenzen statt Schlagbäume – Grenzkontrollen umgehend beenden!“ und beim JEF-Bundeskongress den Antrag „Offene Grenzen statt Schlagbäume: Gegen die politische Instrumentalisierung von Schengen“ beschlossen, der in ähnlicher Form auch vom EUD-Bundeskongress angenommen wurde.

Am 2. November ließen wir unseren Worten Taten folgen und gingen an die Grenze, direkt nach Schengen, um ein Zeichen zu setzen für die hart erkämpfte Freizügigkeit. Gemeinsam mit Volt Europe, Pulse of Europe, Europa-Union Luxemburg, anderen JEF-Sektionen und weiteren Ver-

bänden demonstrierten wir beim „Marsch für offene Grenzen“ im Dreiländereck von Apach über Perl nach Schengen mit circa 250 Europäerinnen und Europäern. Es wurde gesungen, skandiert und es wurden klare politische Forderungen formuliert. Auch Fernsehen und Presse waren vor Ort.



Klare Worte: Die neue JEF-Bundesvorsitzende Melanie Thut übte deutliche Kritik an der Bundesregierung.

Foto: Roger Ramakers



Der „Marsch für offene Grenzen“ im Dreiländereck

Foto: JEF Deutschland

Scharfe Kritik an der deutschen Bundesregierung kam bei der Abschlusskundgebung von unserer JEF-Bundesvorsitzenden Melanie Thut: „Deutschland setzt eine Axt an einen Grundpfeiler der europäischen Integration an. Deutschland verletzt europäisches Recht, den Schengener Grenzkodex. Und seine eigenen Versprechen: Wo ist es, das föderale Europa aus dem Koalitionsvertrag, für das wir als JEF so hart gekämpft haben?“

Im Anschluss an den Marsch kam eine kleine Gruppe JEFer:innen zu einer Tagung in Schengen zusammen. Es wurden Argumente gegen die Effektivität und rechtliche Zulässigkeit der Grenzkontrollen gesammelt und weitere Schritte für Lobbyarbeit erarbeitet.

Die Forderungen von uns Jungen Europäischen Föderalist:innen sind klar: „Wir brauchen eine einzige, gemeinsame Antwort von ganz Europa, europäische Lösungen für europäische Probleme, die in Zusammenarbeit beschlossen werden, die sofortige und uneingeschränkte Wiederherstellung der Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums für alle, auch auf dem Landweg für Bulgarien und Rumänien, die Durchsetzung der Freizügigkeit durch die EU-Institutionen“, fasste Christelle Savall, Präsidentin von JEF Europe, zusammen.

Vision, Reform & Realität

Die JEF Deutschland wird 75

2024 markiert das 75-jährige Jubiläum der JEF Deutschland, denn vom 2. bis 4. September 1949 versammelten sich rund 40 junge Menschen auf der Wachenburg bei Weinheim und gründeten dort den Bund Europäischer Jugend. Nach den Gräueltaten im Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg waren die Mitglieder fest entschlossen, eine neue europäische Ordnung zu schaffen, die auf Frieden und Kooperation basiert. Sie bezogen sich dabei auch auf das Manifest von Ventotene, das 1941 während des Zweiten Weltkriegs von Altiero Spinelli und anderen Verfechterinnen und Verfechtern eines föderalen Europas verfasst wurde. Es enthält die Gründungsprinzipien des europäischen Föderalismus und stellte einen positiven Gegenentwurf zum Faschismus und Nationalismus dar. 1957 benannte sich der BEJ in „Junge Europäische Föderalisten“ um mit dem klaren Ziel, die Vision eines föderalen Europas voranzutreiben – ein Europa, das sich auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Überwindung des Nationalismus stützt.

Heute wie damals stehen wir vor Herausforderungen: Während die europäische Integration in den vergangenen Jahrzehnten vorangeschritten ist, etwa durch die Personenfreizügigkeit, eine gemeinsame Währung und ein direkt gewähltes Europäisches Parlament, bleibt der politische Gestaltungsspielraum weiterhin oft den Mitgliedstaaten vorenthalten. Dabei behindern nationale Alleingänge ein wirkliches Zusammenwachsen der Menschen in Europa – wie zuletzt geschehen durch die einseitig ausgerufenen Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen. Nationalistische Rhetorik bietet außerdem extremistischen Kräften Raum, sich zu entfalten.

In einer Zeit, in der politischer Extremismus erstarkt, wie die jüngsten Wahlergebnisse in Deutschland und anderen europäischen Ländern zeigen, sieht sich die JEF in der Pflicht, entschieden für die Demokratie und die europäische Integration

einzutreten. Für uns ist klar: Ein föderales Europa, das auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit basiert und die individuellen Rechte und Freiheiten wahrt, bleibt die beste Antwort auf die Herausforderungen von heute. Und dabei geht es um konkrete Reformen: Eine echte europäische Demokratie erfordert, dass das Europäische Parlament die gleichen Rechte wie der Ministerrat erhält, transnationale Listen bei Europawahlen eingeführt werden und die Macht der Mitgliedstaaten im Entscheidungsprozess reduziert wird, etwa in Bezug auf Vetos.



Der neue JEF-Bundesvorstand: (v. l. n. r.): Moritz Hergl (stellv. Vorsitzender), Helene Salzburger (stellv. Vorsitzende), Alex Weber-Herrmann (Beisitzer), Melanie Thut (Vorsitzende), Mathias Staudenmaier (Schatzmeister), Carolin Robert (stellv. Vorsitzende), Nina Höll (Beisitzerin), Konstantin Petry (Beisitzer), Paula Gehrs (Beisitzerin), Jan Hörnschemeyer (stellv. Vorsitzender), Yana Alimova (Beisitzerin), Matthias Meinert (Bundessekretär)

Foto: JEF Deutschland

Beim 71. Bundeskongress der JEF Deutschland Anfang Oktober in Frankfurt (Main) haben sich die Delegierten aus allen Teilen Deutschlands hinter diese politischen Forderungen gestellt. Außerdem wählten sie einen neuen Bundesvorstand, der nun die Aufgabe übernimmt, diese Reformen voranzutreiben und den europäischen Gedanken weiter in die Gesellschaft zu tragen. Und wir haben viel vor: Wir wollen uns im 75. Jubiläumsjahr konkret mit unserer Entstehungsgeschichte auseinandersetzen und mit Ver-

anstaltungen auf der Wachenburg, der Insel Helgoland oder in Sankt Germanshof gemeinsam mit unseren JEF-Landesverbänden und JEF-Sektionen unserer Nachbarländer über die Zukunft Europas diskutieren. Als neuer Bundesvorstand wollen wir außerdem einen Fokus auf die Erweiterung der Union legen: Nach dem erfolgreichen Vertiefen der Beziehungen mit Jugendorganisationen in der Republik Moldau und Albanien durch den alten Vorstand ist die Verbandsfahrt in den Kosovo ein erster Schritt.

Unsere Agenda ist klar: Ein Europa der Bürgerinnen und Bürger muss jetzt Realität werden, und zwar durch einen umfassenden, offenen Dialog, insbesondere

mit jungen Menschen. Wir freuen uns, bald mehr Details zu unseren Plänen vorzustellen und freuen uns auf eure Unterstützung!

Verantwortlich: JEF-Bundesvorstand



JUNGE
EUROPÄISCHE
FÖDERALIST:INNEN
DEUTSCHLAND

67. EUD-Bundeskongress in Stuttgart

Positionsbestimmung in stürmischen Zeiten

Unbeschwerte Europamomente gibt es dieser Tage selten. Der Bundeskongress der Europa-Union am 19. und 20. Oktober in Stuttgart hatte viele davon. Nicht nur bot die repräsentative Sparkassen-Akademie ideale Tagungsbedingungen. Auch die Stimmung der Delegierten und Gäste war geprägt von Wiedersehensfreude und kollegialem Miteinander.

Schon am Freitagabend fand im Ratskeller ein geselliges Get Together statt, wo sich langjährige und neue Delegierte austauschen und kennenlernen konnten. Für Begeisterung sorgte auch das vielfältige Rahmenprogramm, das die Europa-Union Baden-Württemberg und der Kreisverband Stuttgart organisiert hatten. So konnten die Delegierten die „Villa Reitzenstein“, den Amtssitz des Ministerpräsidenten, besichtigen, beim Besuch im Haus der Geschichte Baden-Württemberg sogar föderalistische Ausstellungsstücke entdecken und an einer eindrucksvollen Baustellenführung des Bahnhofprojekts Stuttgart 21 teilnehmen.

Zu Gast bei (Europa-)Freunden

Im „Ländle“ wird Europa großgeschrieben. Dies wurde in den Beiträgen aller Festredner deutlich: „Das Miteinander im vereinten Europa ist in Baden-Württemberg Staatsraison“, unterstrich Schirmherr Winfried Kretschmer in seinem digitalen Grußwort. Als Export- und Innovationsstandort profitiere sein Bundesland nicht nur seit Jahrzehnten wirtschaftlich vom Binnenmarkt, es sei auch als Gesellschaft reicher geworden, so der Ministerpräsident mit Blick auf die vielen Städtepartnerschaften und die daraus entstandenen Freundschaften.

Diejenigen, die Europa madig machen oder Europa die Schuld an allem geben, liegen falsch, bekräftigte der Präsident des Sparkassenverbandes, Dr. Matthias Neth. „Die Möglichkeiten, die wir als Staat und Gesellschaft haben, liegen nur im geeinten Europa“, so Neth.

Staatssekretär Florian Hassler erklärte, dass der europäische Gedanke in Baden-

Württemberg besonders verankert sei, nicht zuletzt explizit in der Landesverfassung. Die Landesregierung habe zudem ein Europaleitbild entwickelt, in dem sie sich zur Weiterentwicklung der EU bekenne. Auch fänden regelmäßig Kabinettsitzungen in der Landesvertretung in Brüssel statt. „In einer Zeit der Unsicherheit gibt uns die Europäische Union Zuversicht. Lassen Sie uns diese Überzeugung in die Gesellschaft tragen“, schloss Hassler.

Auch in der Rede von Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper am Abend wurden die Bedeutung der EU und die europäische Vernetzung Stuttgarts deutlich. „Die Baumeister Europas sind wir alle“, betonte Nopper.

„Wir müssen unseren Optimismus behalten“, bekräftigte Europa-Union-Landesvorsitzende Evelyn Gebhardt. Die Europäische Identität definiere sich über das, was sich die EU über die Jahrzehnte erarbeitet habe: Demokratie, Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit und offene Grenzen. „Das ist das ganz große Gut, das wir verteidigen müssen. Daran arbeiten wir gemeinsam und das freut mich sehr“, so Gebhardt.

Europa im Bundestagswahlkampf

Ernstere Töne schlugen Präsident Rainer Wieland und Generalsekretär Christi-

an Moos an. Mit Blick auf die Europapolitik stehe zwar viel auf dem Papier, konstatierte Wieland. Bei allen Parteien seien aber die Überschriften in den Koalitionsverträgen immer größer geworden und das, was geliefert wurde, immer weniger. Dies müsse sich umkehren. „Wir müssen den Bundestagswahlkampf zum Europawahlkampf machen“, rief Wieland dem Kongress zu. Er wünsche sich, dass insbesondere die parteiungebundenen Mitglieder bei Wahlkampfveranstaltungen den Kandidierenden Fragen zu Europa stellen. Denn wenn Politiker nach einem Thema nicht gefragt würden, hielten sie es nicht für wichtig. Es brauche mehr politisches Personal, das etwas von europäischer Politik verstehe. Sorgen bereite ihm zudem der wachsende Populismus. „Der Populismus frisst sich immer mehr in Richtung Mitte durch“, warnte Wieland. Häufig würden Sachen gefordert, die nicht ganz ausgegoren seien. Deshalb sei es wichtig, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das einen Trittstein zwischen Einstimmigkeit und qualifizierter Mehrheit entwickelt und beispielsweise für die Staaten des Balkans, die sich anstrengten, einen vorläufigen Beitritt ermöglicht. Das Jahr 2025 könnte in vielerlei Hinsicht ein Jahr der Entscheidungen für Europa werden, so der EUD-Präsident.

„Wir stehen im Sturm, aber wir stehen“, sagte Generalsekretär Christian Moos und



Beim Kongressauftakt war ein SWR-Kamerateam vor Ort und interviewte Präsident Wieland. Der Bericht wurde in der Nachrichtensendung „SWR Aktuell“ gesendet.
Alle Fotos S. 8 bis 10: Wolfgang List

ergänzte: „Wir müssen unbequem sein!“. Mit Blick auf frühere Zeiten, in denen es keine Reibungspunkte zu den bestehenden politischen Parteien gegeben habe, sei dies ungewohnt. Nun müsse man sehen, wie viel Spielraum die unabhängige Zivilgesellschaft noch haben werde, selbst wenn sie noch gefördert würde. Bisher habe die Brandmauer zur AfD gehalten, aber die Dinge seien erheblich in Bewegung. Auch der politische Diskurs verschiebe sich stark. Plötzlich könnten Dinge in der EU beschlossen werden, die vor einigen Jahren noch als unvereinbar mit europäischen Werten betrachtet wurden. Die deutschen Grenzkontrollen, die Schengen aushöhlen, wurden zu einer Zeit eingeführt, in der in Österreich Wahlen anstanden und man wusste, dass das Migrationsthema der FPÖ in die Hände spielt. Die Niederlande wiederum hätten die deutsche Entscheidung einfach nachahmen können. Deutschland habe eine Vorbildfunktion. „Wir befinden uns in einer Lage, wo wir uns in Europa von den europäischen Werten entfernen. Was hier im Moment geschieht, gefährdet Europa“, so Moos. Deshalb gelte es in aller Überparteilichkeit unbequem zu sein.

Beschlüsse

Die deutschen Grenzkontrollen kritisierte auch die neue JEF-Bundesvorsitzende Melanie Thut nachdrücklich und erinnerte an die Ursprünge der JEF. „Wir wollen die Vision, die wir seit 75 Jahren vertreten, Realität werden lassen“, so Thut mit Blick auf das kürzliche JEF-Jubiläum. Im kommenden Jahr wolle die JEF vor Ort in St. Germanshof an den Grenzsturm von 1950 erinnern. „Wenn wir wollen, können wir alle zusammen Geschichte schreiben! Diese Vision müssen wir nach außen tragen“, betonte die JEF-Bundesvorsitzende. „Don't touch my Schengen“ gelte nach wie vor, bekräftigte auch JEF-Bundessekretär Matthias Meinert. Der Antrag der JEF „Offene Grenzen statt Schlagbäume: Gegen die politische Instrumentalisierung von Schengen“ fand viel Beifall und wurde vom Kongress angenommen.

Der Leitbeschluss des Kongresses „Europäisch denken – europäisch handeln“ fordert ausgehend von der Analyse des Draghi-Reports dringend die Fortführung der europäischen Integration und die Stärkung der Europäischen Gemeingüter verbunden

mit europäischen Investitionen. Ein weiterer richtungsweisender Beschluss ist das „Stuttgarter Signal“, das eine Unvereinbarkeit mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) festlegt. Dieser Beschluss, der nach intensiver Debatte mit einer 4/5-Mehrheit verabschiedet wurde, schlägt den Bogen zum „Kölner Signal“, das 2016 die Unvereinbarkeit mit der AfD regelte.

Europa und die Medien

Ein starker Fokus des Kongresses lag auf dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) und transnationalen Medienkooperationen. Zum Kongressauftakt fand eine Talk-Runde mit dem ARD-Vorsitzenden Prof. Dr. Kai Gniffke, Prof. Dr. Annegret Eppler von der Hochschule Kehl und dem französischen Generalkonsul Gaël de Maisonneuve statt. Gniffke begann seine Ausführungen mit einer Liebeserklärung an Europa. Er gehöre der einzigartigen Generation an, die nur Frieden in Europa erlebt habe. Sein Ziel sei es, Europa allen Menschen zu vermitteln und insbesondere auch junge Menschen ohne Fernseher mit Inhalten auf Instagram, TikTok und der Gaming-Plattform Twitch zu erreichen. Es gebe eine immense Abhängigkeit von wenigen globalen Konzernen, über die 90 Prozent der Internetnutzung laufe. Dies sei ein Marktversagen, gegen das man nur mit Regulierungen auf europäischer Ebene etwas tun könne. Die Bedeutung von ARTE und europäischen Ko-



Gruppenarbeit am Thementisch, hier moderiert von Präsidiumsmitglied Linda Bottin

operationen wurde von allen Podiumsgästen hervorgehoben. Der Kongress bekräftigte sein Bekenntnis zum ÖRR in einem Beschluss und forderte in einem weiteren, transnationale Medienkooperationen wie ARTE und 3sat zu stärken und (europa-)politische Live-Berichterstattung sowie die Vertretung der Zivilgesellschaft in ÖRR-Gremien sicherzustellen.

Workshops

Das Thema wurde weiter vertieft im Workshop „Medien und EU-Wahlkampf“ der AG „Europa in den Medien“, in dem auch die mediale Präsenz der #EurHope-Kampagne von EUD und JEF besprochen wurde. Im Workshop „EUD kommunizieren“ der AG Verbandsentwicklung wurden Strategien entwickelt und ausprobiert, mit denen man



Statement mit Fahrradsattelschoner. Die Gäste des Eröffnungspanels: (v. l.) Moderatorin Dr. Lana Mayer (Europe Direct Stuttgart), Generalkonsul Gaël de Maisonneuve, Prof. Dr. Annegret Eppler und Prof. Dr. Kai Gniffke, mit EUD-Präsident Rainer Wieland

die Europa-Union bzw. JEF und deren Ziele in wenigen Sätzen in Gesprächen überzeugend präsentieren kann. Große Resonanz fand auch der Workshop „Welt in Aufruhr: Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen“. Hier diskutierten die neue Vorsitzende der EUD-Parlamentariergruppe Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP, EUD-Vizepräsidentin Chantal Kopf MdB, UEF-Vizepräsident Markus Ferber MdEP und Prof. Dr. Thomas Diez von der Uni Tübingen mit den Delegierten über die Außen- und Sicherheitspolitik der EU und das transatlantische Verhältnis.

Schulprojekt

Das inzwischen schon traditionelle Schulprojekt am Vortag des Bundeskongresses fand dieses Jahr in der Kaufmännischen Schule 1 in Stuttgart statt. Rund 90 Berufsschülerinnen und -schüler hatten Gelegenheit, direkt mit drei Politikerinnen aus Baden-Württemberg ins Gespräch zu kommen. Zunächst ging es in mehreren Workshops darum, wie Europa den eigenen Alltag beeinflusst und welche Chancen die EU jungen Menschen bietet. Danach wurden Themen und Fragen für die interaktive Fishbowl-Diskussion erarbeitet. Rede und Antwort standen den Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Europaabgeordnete Prof. Dr. Andrea Wechsler (CDU), die Landtagsabgeordnete Alena Fink-Trauschel (FDP) und die Stuttgarter Stadträtin Lucia Schanbacher (SPD), die im Januar in den



Reger Andrang der Delegierten bei den Debatten am Mikrofon. Hier im Bild Emmeline Charenton (JEF) und die Präsidiumsmitglieder Florian Ziegenbalg (BW), Birgit Wille (SH), Christian Beck (Brüssel)

Bundestag nachrücken wird. Die Themen reichten von der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse über Sicherheit bis hin zu Migration und der Lage der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen. Darüber hinaus berichteten die Abgeordneten von ihrem

persönlichen Weg in die Politik und ihrer Arbeit in den Parlamenten. Den Europa-Aktionstag konzipierte und betreute das Team der EUD-Bundesgeschäftsstelle zusammen mit Ehrenamtlichen aus den Landesverbänden Baden-Württemberg und Berlin. ■



Zwei Generationen, eine Vision: JEF-Bundesvorsitzende Melanie Thut und EUD-Präsident Rainer Wieland



Gut gelauntes Moderatorenentandem im Workshop „EUD kommunizieren“: JEF-Bundessekretär Matthias Meinert und Katharina Borngässer, Co-Vorsitzende der Europa-Union Berlin

Brüssel

Netzwerk-Empfang

Am 4. November lud die Europa-Union Brüssel gemeinsam mit der neu konstituierten EUD-Parlamentariergruppe zu einem Netzwerk-Empfang in die Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union. Die Veranstaltung zum Auftakt der 10. Legislaturperiode fand inmitten einer hochbrisanten Woche der Brüsseler Politik statt, geprägt von den parlamentarischen Anhörungen der designierten EU-Kommissare. Vor diesem Hintergrund bot der Abend eine besondere Gelegenheit, aktuelle politische Entwicklungen und strategische Weichenstellungen für Europa zu reflektieren und zu diskutieren.

Bodo Lehmann, Leiter der Landesvertretung Baden-Württemberg, eröffnete die Veranstaltung mit einem Grußwort. Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP, Vorsitzende der EUD-Parlamentariergruppe, und Ilka Wölfle, Vorsitzende der Europa-Union Brüssel, betonten in ihren Begrüßungsreden die Bedeutung des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft und politischen Institutionen in einer Zeit multipler globaler Herausforderungen.

Der Höhepunkt des Abends war der Impulsvortrag von Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und Europabeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung. In seiner Rede hob Pöttering die Notwendigkeit ei-



Die Vorsitzende der EUD-Parlamentariergruppe, Prof. Dr. Andrea Wechsler, im Gespräch mit Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering
Foto: EUD Brüssel

nes föderalen Europas hervor und griff zentrale Forderungen der Europäischen Föderalisten auf. Er betonte, dass Europa nur durch stärkere Integration in zentralen Bereichen wie Verteidigung, Steuerpolitik und einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik auf die geopolitischen Spannungen und globalen Herausforderungen angemessen reagieren könne. Im Hinblick auf den nach wie vor andauernden Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine unterstrich Pöttering die unverbrüchliche Solidarität der EU und lobte die entschlossene Haltung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Parlamentspräsidentin Roberta Metsola. Die Ukraine verdiene nicht nur politische, sondern auch umfassende greifbare Unterstützung, um ihre Souveränität und territoriale Integrität zu sichern. In diesem Zusammenhang betonte Pöttering die Relevanz einer europäischen Verteidigungsunion. Er erinnerte an die Vision von Jean Monnet, der bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Notwendigkeit einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft gesehen hatte. Er würdigte die Berufung

erfahrener Persönlichkeiten in das Kollegium der EU-Kommissare wie Kaja Kallas und Andrius Kubilius, die wesentliche Beiträge in diesem Bereich leisten könnten. Im Bereich Migration und Asyl hob Pöttering die Fortschritte des Europäischen Parlaments hervor. Er betonte, dass eine solidarische und gemeinsame europäische Politik notwendig sei, die sowohl Humanität als auch Effizienz gewährleistet. Das Asylrecht als fundamentaler Bestandteil der europäischen Werte müsse dabei unangetastet bleiben. Abschließend sprach Pöttering leidenschaftlich über die Rolle Europas als Wertegemeinschaft. Er warnte eindringlich vor den Gefahren des Nationalismus, der in der Vergangenheit immer wieder zu Konflikten geführt habe. Europa müsse sich seiner Identität als ein Kontinent mit vielfältigen, aber geeinten Identitäten bewusst bleiben und diese Einheit aktiv fördern.

In einer spontanen Fragerunde nahm sich Pöttering die Zeit, auf die Anliegen und Fragen des Fachpublikums einzugehen. Von sicherheitspolitischen Perspektiven bis hin zu den Herausforderungen der teilweise wieder eingeführten Binnengrenzkontrollen wurden zahlreiche tagesaktuelle Themen angesprochen. Der anschließende Empfang bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, die angesprochenen Themen in informellen Gesprächen zu vertiefen und Netzwerke zu stärken. Der Abend zeigte eindrucksvoll, wie wichtig der Austausch zwischen Politik und Zivilgesellschaft ist, um die Zukunft Europas gemeinsam zu gestalten.

Verantwortlich: Julia Preiß

Bringen Sie Ihre Expertise ein!

Redner-Pool der Europa-Union

Die Europa-Union beginnt mit dem Aufbau eines Rednerpools – insbesondere von Mitgliedern für Mitglieder. Die verbandsinterne Expertise wollen wir für unsere Kreis- und Landesverbände sichtbar machen und damit die Organisation von Veranstaltungen erleichtern. Die Liste der Referenten wird für die Kreis- und Landesverbände auf

der internen Cloud zugänglich gemacht werden. Wer seine Expertise als Referentin bzw. Referent in den Pool einbringen will, ist hiermit herzlich eingeladen, sich für die Rednerliste zu melden. Interessierte nutzen bitte das elektronische Formular auf der Webseite im Bereich Service oder unter dem nebenstehenden QR-Code. ■



Baden-Württemberg

Hertensteiner Gespräche

Die 8. Hertensteiner Gespräche in Heilbronn führten erneut Teilnehmende aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Rumänien, der Schweiz und Spanien zusammen. Dank des Einsatzes des Kreisverbandes Heilbronn, der die Hauptorganisation übernommen hatte, wurde auch die achte Auflage wieder zu einem großen Erfolg. Nach der Eröffnung durch EUD-Präsident Rainer Wieland startete ein abwechslungsreicher Tag. Wie immer standen aktuelle Themen auf dem Programm. So berichtete der Beauftragte der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehungen, Michael Link MdB, über die bevorstehenden US-Wahlen. Die Landesvorsitzende der EUBW, Evelyne Gebhardt, nahm in ihrem Workshop das Thema „Europa unsere Hoffnung“ in den Fokus. Florian Schmid beleuchtete das Verhältnis EU – Schweiz. Dr. Lana Mayer, Leiterin des Europe Direct Stuttgart, und Semin Bristina gingen auf das Thema Integration und Kultur ein. Unter der Leitung von EUD-Generalsekretär Christian Moos diskutierten die Abgeordneten Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP, Vorsitzende der EUD-Parlamentariergruppe, Fabian Gramling MdB und Sebastian Cuny MdL. EUD-Vizepräsidentin Chantal Kopf MdB nahm in ihrem Workshop das Weimarer Dreieck in den Blick. SWR-Journalist Johannes Schmid-Johannsen und EUBW-Landesvorstand Peter Schulze betrachteten das Thema Fake News und Desinformation. Die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament analysierte Jean Marsia aus Belgien. Florian Ziegenbalg, stellv. EUBW-Landesvorsitzender, gab Einblicke in den EU-Haushalt und die kommenden Herausforderungen für den EU-Finanzrahmen nach 2027.

Die Hertensteiner Gespräche werden von der Europa-Union Heilbronn in Kooperation mit dem EUD-Bundesverband, der Europa-Union Baden-Württemberg, den Kreisverbänden Heidelberg, Mannheim und Stuttgart sowie dem Europe Direct Stuttgart veranstaltet.



Im Gespräch: (v. l.) EUD-Generalsekretär Christian Moos, Fabian Gramling MdB, Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP und Sebastian Cuny MdL
Foto: EUBW

Preisverleihungen

Auf Einladung des Präsidenten der Europäischen Bewegung Baden-Württemberg, Staatssekretär Florian Hassler, fanden die diesjährigen Preisverleihungen – Rede über Europa! & Stifterpreis euRobi – im Gobelinsaal der Villa Reitzenstein statt. Der Vizepräsident der Europäischen Bewegung, Peter Haas, führte die Preisträgerinnen und Preisträger mit ihren Gästen durch die Veranstaltung, die bei überraschend gutem Wetter sogar auf der Terrasse der Villa Reitzenstein ausklingen konnte.

25 Jahre Europahaus Stuttgart

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Bürogemeinschaft EUROPAHAUS der fünf europäischen Institutionen und Verbände – Europa Zentrum, EDIC Stuttgart, Europäische Bewegung, Europa-Union und Junge Europäer-JEF Baden-Württemberg – lud die Landeshauptstadt Stuttgart zum Festakt zahlreiche Gäste und Weggefährten in den Großen Ratssaal ein. Besonders gefreut haben sich die Vertreter der „Fantastischen Fünf“ über die „Geburtstagsgeschenke“: zwei neue Europafahnen sowie Mittel für die Neugestaltung des EuropaSaals im Europahaus.

Junge Europäer – JEF

Neues Vorstandsteam: Für die JEF Baden-Württemberg bringt der Herbst stets viele Termine mit sich. Zum einen stand im September die Landesversammlung in Stuttgart an. Dabei kamen über 60 Mitglieder zusammen, die unter anderem einen neuen Landesvorstand gewählt haben. Fortan wird der Verband von Sarah Reisinger als Landesvorsitzender geführt, die im vergangenen Jahr bereits stellv. Vorsitzende gewesen ist. Der restliche Vorstand hat sich in weiten Teilen auch neu konstituiert, mit Mitgliedern aus Ludwigsburg, Heidelberg/Mannheim und Freiburg. Nach der Klausurtagung Mitte Oktober startete das Team motiviert in das neue Arbeitsjahr.

JEF-BW beim Bundeskongress: Anfang Oktober tagten über 120 Teilnehmende gemeinsam in Frankfurt, wo der diesjährige Bundeskongress der JEF Deutschland mit der JEF Hessen ausgerichtet wurde. Neben einer ausführlichen Antragsdebatte, Berichten aus dem vergangenen Arbeitsjahr und der Verabschiedung scheidender Bundesvorstandsmitglieder stand die Neuwahl der Bundesvorstandsposten an. Neue Bundesvorsitzende ist Melanie Thut, deren JEF-Wurzeln in Baden-Württemberg liegen; neuer Bundessekretär ist Matthias Meinert, der ehemalige Landesvorsitzende der JEF NRW. Auf die enge Zusammenarbeit mit

den beiden und dem gesamten Vorstandsteam freuen wir uns sehr.

Kritik an Grenzkontrollen: Ein beherrschendes Thema der vergangenen Wochen waren die seit dem 16. September stattfindenden Kontrollen an sämtlichen deutschen Außengrenzen. Mit einem Appell wandte sich die JEF als Gesamtverband an die Bundesregierung und weitere politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger im In- und Ausland. Denn: Mit der Einführung von Grenzkontrollen begibt sich die Bundesregierung in die unmittelbare Gesellschaft antieuropäischer Akteure, statt ihrer europäischen Vorreiterstellung und der damit einhergehenden Verantwortung gerecht zu werden. Damit greift sie die Freizügigkeit als eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union an. Grenzkontrollen müssen umgehend beendet und der Schengener Kodex gewahrt werden.

Karlsruhe

Exkursion nach Thüringen: Der KV Karlsruhe organisierte eine gut besuchte Studienreise nach Erfurt und Weimar. Neben einer Stadtführung in Erfurt und der Besichtigung des Schlosses Molsdorf stand als besonderer Höhepunkt ein Besuch im Bundesarbeitsgericht auf dem Programm, der auf Einladung der Präsidentin Inken Gallner erfolgte, die die Gäste persönlich begrüßte. Ein Ausflug nach Weimar mit seinen kulturellen Schätzen bildete den Schlusspunkt.

Stuttgart

Besuch beim HLRS: Ganz neue Einblicke in den europäischen Forschungsstandort Stuttgart ermöglichte ein vom KV Stuttgart organisierter Besuch des Höchstleistungsrechenzentrums Stuttgart (HLRS). Das HLRS ist eines der führenden Höchstleistungsrechenzentren in der Europäischen Union und nimmt an zahlreichen EU-Projekten teil. Einen Einblick dazu gab der Leiter des HLRS, Bastian Koller, der auch über die europäischen Netzwerke berichtete, in die das HLRS eingebunden ist. Im Anschluss konnten die Teilnehmenden die Rechenanlage besichtigen und im sog.

„CAVE“ einige virtuelle Anwendungen testen, die mit den Höchstleistungsrechnern möglich sind.

Besuch bei EU-Projekten: Auch 2024 organisierte die Region Stuttgart zusammen mit dem KV Stuttgart eine Bustour zu EU-geförderten Projekten. In diesem Jahr stand eine Tour in den Rems-Murr-Kreis zu LEADER-Projekten im Schwäbischen Wald an. Die Exkursion wurde von Landrat Dr. Richard Sigel persönlich angeführt. Im Verlauf stieß Rainer Wieland in seiner neuen Funktion als Präsident der Region Stuttgart ebenfalls dazu. Die Tour führte zu einer mit LEADER-Mitteln geförderten Arztpraxis, zum Limes-Kastell in Welzheim und zum Abschluss ins Kulinarium am Waldsee in Forstbach.

Mannheim

European Youth Orchestra: Seit 2019 werden jährlich junge, talentierte Instrumentalisten und Instrumentalistinnen nach Mannheim eingeladen, um an der European Youth Orchestra Academy (EYOA) teilzunehmen. Zehn Tage verbringen die Jugendlichen gemeinsam in der Stadt. Neben den intensiven Proben stehen weitere Programmpunkte an. In mehreren Lectures haben die jungen Musiker und Musikerinnen die Möglichkeit, mit Fachleuten über Aspekte der Musikergesundheit, über Musikgeschichte und die Mannheimer Schule zu sprechen und zusammen mit der JEF

über Europa zu diskutieren. Im Juni spielte die EYOA im Mozartsaal des Mannheimer Rosengartens das Abschlusskonzert. Zusammen mit dem erweiterten Opernchor und den Solisten des Nationaltheaters wurden die 9. Sinfonie von Ludwig von Beethoven und als Welturaufführung die Komposition „Philia – Ode to friendship“ von Marios Joannou Elia aus Zypern dargestellt. Mit Standing Ovations würdigten die 1.300 Konzertbesucher den Leistungswillen und die Begabung der jungen Musikerinnen und Musiker und ihr europäisches Teamwork. Die Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters von Mannheim und der Europa-Union Baden-Württemberg sowie die Anwesenheit der Botschafterin von Zypern und der Generalkonsulin von mehr als sechs Nationen zeugen von der großen Anerkennung für die EYOA. Mit bundesweiten Kritiken, einer ausführlichen Berichterstattung in SWR Kultur und der Ausstrahlung des Live-Konzertes in RNF mit 40.500 Zuschauern entfaltete das Projekt auch medial eine große Wirkung.

Die EYOA 2025 wird in der Osterwoche (11.4. bis 20.4.) stattfinden. Anfang Oktober 2024 wurden Schülerinnen und Schüler in mehr als 1500 Musik- und Musikhochschulen Europas im Alter von 14 bis 18 Jahren aufgefordert, sich mit einem Video und vorgegebenen Musikstücken zu bewerben. Als Gäste sind Musiker und Musikerinnen aus Israel, Ukraine und Libyen eingeladen.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg



Abschlusskonzert des European Youth Orchestra 2024 in Mannheim

Foto: Kultur@Home Metropol Rhein-Neckar e. V.

Rheinland-Pfalz

Landeskongress in Trier

Beim Landeskongress der Europa-Union Rheinland-Pfalz am 14. September in der alten Römerstadt standen die Neuwahl des Landesvorstands sowie der Leitantrag „Die Bedeutung der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl für die europäische Demokratie“ im Mittelpunkt. Der Antrag thematisierte die globalen Herausforderungen, mit denen die EU aktuell konfrontiert ist, darunter Klimawandel, Digitalisierung und sicherheitspolitische Risiken. Insbesondere wurde die zentrale Rolle der USA in der europäischen Sicherheitsarchitektur hervorgehoben, ebenso wie mögliche Auswirkungen eines Wahlsiegs von Donald Trump.

In seinem Bericht betonte der Landesvorsitzende Dr. Norbert Herhammer die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Schulen in Rheinland-Pfalz, insbesondere durch den Europäischen Wettbewerb, die Europaschulen und das Programm „Europa in die Schule“. Ein Beispiel für das Engagement der Europaschulen war die Teilnahme zweier Schülerinnen des Hohenstaufen-Gymnasiums Kaiserslautern, die ihr Erasmus-Programm den Delegierten des Landeskongresses präsentierten. Damit wird die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit und der Förderung der europäischen Idee auf Landesebene unterstrichen. Außerdem hat der Landeskongress die Anpassung der Mitgliedsbeiträge gemäß Bundesbeschluss verabschiedet, die zum Jahresbeginn 2025 gültig werden.

Der neue Landesvorstand wurde gewählt. Dr. Norbert Herhammer wurde als Landesvorsitzender bestätigt, ebenso wie seine Stellvertreter Dr. Otto Schmuck, Günter Densborn, Jörg Saalbach sowie Landesschatzmeister Holger Scharf. Auch die Beisitzer Ingo Espenschied, Dr. Peter Keiner, Klaus Eisold, Marc Riegel und Dr. Peter Wadle wurden in ihre Ämter wiedergewählt. Neu in den Vorstand aufgenommen wurden Anita Schäfer, Dr. Peter Albrecht und Daniel Dreißigacker.



Der neue Landesvorstand

Foto: EUD Rheinland-Pfalz

Erfolgsmodell Europaschulen

Seit 2015 werden in Rheinland-Pfalz Schulen von der Landesregierung mit dem Titel Europaschule ausgezeichnet. Die Vergabe des Zertifikats „Europaschule“ erfolgt anhand eines auf Rheinland-Pfalz zugeschnittenen Kriterienkatalogs. An dessen Erarbeitung war die Europa-Union maßgeblich beteiligt und sie wirkt seither auch regelmäßig bei der Zuerkennung der Auszeichnung mit.

Bisher gibt es 95 Europaschulen im Land, alle Schularten, von der Grundschule bis zu den berufsbildenden Schulen, sind einbezogen. Bei der zurückliegenden Jurysitzung konnten drei weitere Schulen in den Kreis aufgenommen werden: das Veldenz-Gymnasium in Lauterecken, die Alice-Salomon-Schule Linz und die Integrierte Gesamtschule in Oppenheim.

Europaschulen zeichnen sich durch ein europäisches und interkulturelles Profil, internationale Austauschprogramme und Europa-Projekte sowie vielfältige Fremdsprachenangebote oder bilingual unterrichtete Fächer aus. Schulleitungen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern tragen das Konzept aktiv mit. Die Bewerbungen werden von einer fachkundigen Jury begutachtet.

Die Europaschulen sind in einem Netzwerk eng vereint und stehen im regelmäßigen Austausch. Einmal jährlich findet ein Netzwerktreffen der Europaschulen mit europapolitischen Akteurinnen und Akteu-

ren im Europahaus Marienberg statt. Die Staatskanzlei und das Ministerium für Bildung unterstützen Europaschulen des Landes bei ihren europapolitischen Projekten.

Mainz

Euro-Quizion: Anlässlich der Europawahlen lud das Staatstheater Mainz an mehreren Abenden zum „Euro-Quizion – Ein satirisches Barquiz über Europa“ ein. Auch der Vorstand der Europa-Union Mainz testete sein Wissen von der griechischen Mythologie über die EU-Osterweiterung bis hin zu Siegertiteln aus allen Jahrzehnten des Eurovision Song Contests in der restlos besetzten Kakadu-Bar. Über die Ergebnisse wird hier nicht berichtet, nur so viel: ein fröhlicher, nachdenklicher, aber auf alle Fälle lehrreicher Abend.



Europaflair im Staatstheater Mainz

Foto: EUD Mainz

Worms

Volles Haus beim Festakt am 3. Oktober: Auch in diesem Jahr hatte die Europa-Union Worms in Kooperation mit dem Museum Heylshof zu einem Vortrag anlässlich des Tages der Deutschen Einheit eingeladen. Unter dem Motto „Die Gedanken sind frei“ präsentierte Vereinsvorsitzender Dr. Jörg Koch die eindrucksvolle Biografie von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798-1874), dem Verfasser unserer Nationalhymne und zahlreicher Kinderlieder wie



Dr. Jörg Koch (l.) und Ingrid Gerster (r.) vom Museum Heylshof ehrten langjährige Mitglieder.

Foto: EUD

„Kuckuck, Kuckuck“ und „Ein Männlein steht im Walde“. Aufgrund seiner „Unpolitischen Lieder“ (1841), die alles andere als unpolitisch waren, sondern die Obrigkeit kritisierten, wurde der Breslauer Germanistik-Professor seines Amtes enthoben. Wie kaum ein anderer Dichter seiner Zeit reiste er durch Deutschland und das angrenzende Ausland, besichtigte Bibliotheken und verfasste neben wissenschaftlichen Werken rund 3.000 Lieder, Gedichte und Trinksprüche.

Mit anschaulichem Bildmaterial und auf unterhaltsame Art nahm Jörg Koch die zahlreichen Zuhörer mit auf eine Zeitreise ins 19. Jahrhundert und bot somit einen wichtigen Beitrag zur Demokratiegeschichte. Zu Beginn des Festvortrages ehrte Jörg Koch langjährige Mitglieder für 40 bzw. 25 Jahre Vereinszugehörigkeit.

war für uns Reisende außer in den Großstädten von Wahlkampf wenig zu spüren. Dominant waren überall die großen Plakate für die amtierende Regierungspartei.

Das Land in seiner geostrategischen Lage zwischen Orient und Okzident und als Landbrücke zwischen Kaspischem und Schwarzem Meer wurde in seiner vieltausendjährigen Geschichte immer wieder zum Spielball der übermächtigen Nachbarn aus Persien, Byzanz, Rom und Russland.

Doch erstaunlich, wie trotz allem die Georgier ihre Identität wahren konnten. Diese drückt sich im reichen kulturellen Erbe, insbesondere der eigenständigen Sprache mit den uns so fremden Schriftzeichen, sowie im ausgeprägten Stolz auf das Land und dem großen Patriotismus aus.

Trotz der festen Überzeugung der Opposition, dass nach zwölf Jahren Regierungszeit der Partei „Georgischer Traum“ mit seinem im Hintergrund die Fäden ziehenden Oligarchen Iwanischwili die Zeit für einen Wechsel gekommen sei und damit ein Bekenntnis zur EU überfällig wäre, zeigte der Wahlausgang, dass die Mehrheit anders denkt; jedenfalls drückt dies das angezweifelte Wahlergebnis aus.

Wie immer bei unseren Erkundungsreisen in die neuen und zukünftigen Mitgliedsländer der EU, die wir seit über 20 Jahren durchführen, standen auch politische Begegnungen auf dem Programm. So konnten wir mit Repräsentanten der EU, der Deutschen Botschaft, einer Oppositionspartei, einer pro-europäischen NGO und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tiflis diskutieren. Dies hat unsere Eindrücke, die wir während unserer Reise durch Georgien gewonnen hatten, abgerundet.

Verantwortlich: Lisa Mandau

Südpfalz

Zu Besuch in Georgien direkt vor den Wahlen: Die Studienreise des KV Südpfalz führte 33 Mitreisende im Oktober nach Georgien. Neben den landschaftlichen und kulturellen Attraktionen des kleinen Landes zwischen Schwarzem Meer und Kaukasus waren besonders die politischen Gespräche spannend. Die Reiseweche lag genau vor den sehr bedeutenden Parlamentswahlen, bei denen es um eine Richtungsentscheidung pro EU oder pro Russland ging. Dabei



Ein Bekenntnis „Pro EU“ vor den Parlamentswahlen in Georgien

Foto: Jörg Saalbach

Hessen

Generationswechsel & Aufbruch

26 Jahre lang war „Mr Europe“ (wie er in Hessen auch genannt wird) Landesvorsitzender der überparteilichen Europa-Union Hessen. Mit großer Anerkennung und Wertschätzung, minutenlangem Beifall und „Standing Ovation“ dankten die Delegierten der Landesversammlung, die am 2. November in Neu-hof stattfand, Thomas Mann für dieses Lebenswerk und nahmen seine Entscheidung zur Kenntnis, nicht erneut für das Amt zu kandidieren.

In seinem Bericht konnte Thomas Mann auf eine Vielzahl von Aktivitäten auf Ebene des Landesverbandes und der Kreisverbände zurückblicken. Dabei sei es erfreulicherweise gelungen, die Mitgliederzahlen in Hessen konstant mit leichtem Aufwärtstrend zu halten und sich bundesweit als viertstärkster Landesverband zu behaupten. Die Begleitung der Europawahlen mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen in der Fläche hätten dazu beigetragen, Aufmerksamkeit und Bewusstsein für die Wahlentscheidung zu schaffen. Dabei sei die Zusammenarbeit im Verband mit den Kreisverbänden und der JEF ebenso erfreulich wie die Vernetzung zum Land, zu den Europe-Direct-Informationszentren, zur Europäischen Akademie und der Landeszentrale für politische Bildung.

Einstimmig verliehen die Delegierten dem verdienten Europa-Politiker Mann die Ehrenbezeichnung „Ehrevorsitzender“. Hildegard Klär, langjährige stellvertretende Landesvorsitzende, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes und seit mehreren Jahrzehnten Garant für die Europa-Arbeit im Hochtaunus-Kreis, wurde zum Ehrenvorstandsmitglied ernannt.

Die Neuwahlen des Landesvorstands stehen für einen Generationswechsel und Aufbruch: Ute Wiegand-Fleischhacker wurde mit einstimmigem Votum als neue Landesvorsitzende gewählt. Ihre Stellver-



Der neue Landesvorstand mit seiner Vorsitzenden Ute Wiegand Fleischhacker (M.)

Foto: Birgit Werner

treter sind Thiemo Fojkar, Friedel Pape, Andreas Scheibelhut, Heinrich Vesper und Sven Ringsdorf, der auch als Landesgeschäftsführer bestätigt wurde. Komplettiert wird der geschäftsführende Landesvorstand durch Schatzmeister Jan Ludwig und Schriftführer Tom Amadé Diehl. Als Beisitzerinnen und Beisitzer wurden gewählt: Manuel Frank, Gerd Fleischhacker, Christel Germer, Marianne Hühn, Roland Hühn, Izabela Kein, Andreas Meske, Christian Schlein, Petra Schneider, Thomas Otto Schneider und Robert Schuppan.

In ihrer Antrittsrede formulierte Ute Wiegand-Fleischhacker eine Vision von einer moderaten Neuausrichtung des Landesverbandes unter Einbindung aller Kreisverbände und der JEF. Die Europäische Idee gelte es mehr denn je zu verbreiten und gelegentlich auch zu verteidigen.

Lahn-Dill

Buchvorstellung: „Die zerrissenen Staaten von Amerika“ lautet der Titel des Buches des renommierten ARD-Hörfunkjournalisten Arthur Landwehr, das dieser auf Einladung der Europa-Union Lahn-Dill, des Kulturamts der Stadt Wetzlar und der Landeszentrale für politische Bildung vor 70 Gästen in der vollen Stadtbibliothek Wetzlar vorgestellt hat. Im Vorfeld der US-Präsidentenwahl erläuterte er Gesellschaft und Politik so-

wie Motive, die für verschiedene Wählergruppen von Relevanz sind und für deren Wahlentscheidung ausschlaggebend sein könnten. Anders als in Deutschland sei z.B. das Gesundheits- oder Bildungssystem aufgestellt. Der Amerikanische Traum werde zwar als Idee hochgehalten, ihn erreichen oder leben könnten allerdings nur die wenigsten. Das Prinzip



Autor Arthur Landwehr präsentierte sein Werk „Die zerrissenen Staaten von Amerika“.

Foto: Sven Ringsdorf

der Freiheit präge den Alltag – jeder solle versuchen können, etwas aus sich zu machen. Gelingt dies nicht, sei das die Kehrseite der Medaille und führe nicht zwangsläufig zu einer (ausreichenden) sozialen Absicherung. Die Medien innerhalb der USA seien teilweise nicht faktenbasiert, sondern berichteten entsprechend ihrer Zielgruppe, um Werbespots akquirieren zu können. Das stelle eine Herausforderung im politischen Alltag dar, da schon der Zugang zu ausgewogenen Informationen schwer sei. Unter der Moderation des Kreisvorsitzenden Sven Ringsdorf entwickelte sich eine angeregte Diskussion zum Buch und zur deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit.

Hochtaunus

Busfahrt ins Dreiländereck: Eine dreitägige Reise zu historischen Orten aus der Gründungsphase der Europäischen Union und ihren heutigen Wirkungsstätten führte vierzig Europainteresierte ins Saarland, nach Luxemburg und Frankreich. Geplant worden war sie von der Europa-Union Hochtaunus, deren Vorsitzende Hildegard Klär gleichzeitig Organisatorin und Reiseleiterin war. Jedes einzelne der Ziele hätte für eine doppelt so lange Studienfahrt dienen können. In Luxemburg erhielt die Gruppe einen tiefen Einblick in das Innere einer der heutigen Institutionen der EU: Der erste Besuch führte in den Europäischen Rechnungshof, wo die Teilnehmer aus erster Hand von einem Mitarbeiter in die Aufgaben dieser Einrichtung als Hüterin der EU-Finzen eingeführt wurden. Der Zweite Tag führte die Gruppe nach Scy-Chazelles bei Metz. Hier hat Robert Schuman, damaliger Außenminister Frankreichs, während eines Wochenendes im April 1950 die Kühnheit besessen, einen „gewagten Plan“ zu entwerfen, der den Lauf der Geschichte ändern sollte. Die Anregungen dazu hatte er von Jean Monnet, einem französischen Wirtschaftsfachmann, erhalten. Bekannt geworden ist der Plan unter dem Namen Schuman-Plan, der später in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staatsmännern die Bedingungen für den dauerhaften Frieden in Europa geschaffen hat. Das



Hier soll der Schuman-Plan entstanden sein.

Foto: EUD Hochtaunus

„Robert Schuman Haus“, in dem der Politiker bis zu seinem Tod wohnte, beherbergt heute ein Museum über sein Leben. Auf der Rückfahrt besichtigte die Gruppe das älteste Kloster Deutschlands, die Abtei Tholey, und bei einem weiteren Halt das Weingut der Lebenshilfe im rheinland-pfälzischen Bad Dürkheim, in dem Menschen mit und ohne Behinderung ökologischen Weinbau betreiben.

Wiesbaden/Rheingau-Taunus

Wein als europäisches Kulturgut: Eine Delegation der Europa-Union Wiesbaden/Rheingau-Taunus hat unter Leitung des Vorsitzenden Peter H. Niederelz die weltberühmte Weinbauhochschule Geisenheim besucht. Die Hochschule ist weit über Hessen und Deutschland hinaus in Europa und bis nach Australien und Südafrika bekannt.

Empfangen wurde die Gruppe von Robert Lönarz, der nicht nur den Campus Geisenheim managt, sondern auch Präsident der 5.000 Geisenheimer Alumni in aller Welt und Präsident der deutschen und europäischen Weine, dem Verband der europäischen Fußballnationalmannschaften der Winzer, ist. Er erläuterte bei einem Rundgang und einer anschließenden Weinprobe im herrlichen Uni-Keller die Entwicklung der Hochschule und des Weinbaues in aller Welt.

Fazit des Besuchs: Wein ist nicht nur ein Getränk, sondern ein Kulturgut, das auch die Menschen in Europa verbindet.

Groß-Gerau

Europafrühstück: Zu gleich drei hochaktuellen Themen referierte der Europaabgeordnete Michael Gahler (CDU) auf Einladung des Kreisverbandes Groß-Gerau und des Ortsverbandes Rüsselsheim. Der langjährige Europapolitiker, gleichzeitig Berichterstatter des EU-Parlaments für die Ukraine, würdigte Erfolge und Herausforderungen der 20 Jahre zurückliegenden EU-Osterweiterung. Die Teilnehmer waren besonders interessiert



(v. l.) Sabine Bächle-Scholz MdL, Christoph Böhm, Michael Gahler MdEP, Dr. Stefan Hebenstreit, Ute Wiegand-Fleischhacker

Foto: Gerd Fleischhacker

an den aktuellen politischen und militärischen Optionen in und für die Ukraine, vor allem vor dem Hintergrund der gerade erfolgten US-Präsidentschaftswahl. Die aktuelle bundespolitische Lage war ebenfalls Thema. In die Diskussion brachten sich auch Sabine Bächle-Scholz MdL (CDU) und Dr. Stefan Hebenstreit, Leiter der Kreisvolkshochschule Groß-Gerau, ein. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Kreisvolkshochschule statt.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Saarland

Klare Akzente für die Zukunft

Die Europa-Union Saar hat ein neues Kapitel aufgeschlagen. Julien François Simons wurde einstimmig zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er ist bereit, die langjährige Tradition der Organisation fortzuführen und gleichzeitig frischen Wind in die europäische Integration und Zusammenarbeit zu bringen.

Die Europa-Union Saar will ihre Aktivitäten in der Großregion intensivieren. Neue Projekte sollen die Zusammenarbeit zwischen den Regionen stärken, mit Fokus auf wirtschaftliche und kulturelle Initiativen, die den Austausch und die Verständigung fördern.

In seiner Antrittsrede sprach Simons über die Ideale von Robert Schuman, der durch eine wirtschaftliche und politische Gemeinschaft Kriege in Europa verhindern wollte. Diese Vision müsse in Zeiten von Nationalismus und Populismus verteidigt werden. Die liberale Werteordnung und europäischen Errungenschaften stehen unter Druck, obwohl die Menschen täglich von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit profitieren. Es müsse wieder mehr für diese Ideale gestritten und Europa durch konkrete Vorschläge weiterentwickelt werden.

Ein zentrales Thema sind die aktuellen Grenzkontrollen, die als Rückschritt für die europäische Integration und Zusammenarbeit gesehen werden. Das Ziel, illegale Migration einzudämmen, könne nur an den Außengrenzen gelöst werden. Kontrollen an den Binnengrenzen seien ineffizient, binden unnötige Ressourcen und richten wirtschaftlichen Schaden an. Darüber hinaus lösen sie eine Kettenreaktion innerhalb Europas aus. Ab November werden auch in Frankreich Kontrollen stattfinden, was in der Grenzregion zu Empörung führt. Viele Menschen sind in ihrem Alltag eingeschränkt. Simons lobte in diesem Zusammenhang die Ministerpräsidentin des Saarlandes und den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken, die sich laut und überregional für dieses Thema einsetzen und der Europa-Union damit Gehör verschaffen.



Der neue Landesvorsitzende Julien François Simons

Foto: Staatskanzlei des Saarlandes

Ministerpräsidentin Anke Rehlinger hat sich vehement gegen die Grenzkontrollen ausgesprochen. Diese Maßnahmen beeinträchtigen nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch das tägliche Leben der Menschen in der Grenzregion erheblich. Sie fordert eine stärkere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, um nachhaltige Lösungen für die Migrationsproblematik zu finden, ohne die Freizügigkeit innerhalb Europas zu gefährden.

Auch der Saarbrücker Oberbürgermeister Uwe Conradt hat sich klar positioniert. Er wies darauf hin, dass die Grenzkontrollen ineffizient sind und das Vertrauen der Bürger in die europäische Idee untergraben. Conradt setzt sich für offene Grenzen und eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein, um die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Region zu fördern.

Ein Alleinstellungsmerkmal der Region Saarland ist die Nähe zu Frankreich. Das Saarland wird oft als das „französische Bundesland“ bezeichnet, was die starke deutsch-französische Verbindung unterstreicht. Diese Verbindung wird durch enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, kulturellen Austausch und viele grenzüberschreitende Freundschaften gelebt. In Zeiten, in denen die politische Stimmung zwischen Paris und Ber-

lin nicht harmonisch ist, zeigt die Region Saarland, wie gut die deutsch-französische Freundschaft funktionieren kann. Diese Beziehung wird durch neue Projekte und Initiativen ständig gestärkt. Zum Beispiel sind die Fortschreibung der Frankreichstrategie und der Luxemburg-Plan wichtige Schritte, um diese Partnerschaft weiter auszubauen. Auch das Pariser Büro des Saarlandes spielt eine zentrale Rolle, indem es die Interessen der Region in Frankreich

vertritt und den Austausch fördert. Herausforderungen wie die verpasste Chance der Bahnstrecke bleiben jedoch Thema.

Der Landesvorsitzende möchte die Europa-Union Saar wieder stärker als Dach der europäischen Akteure im Saarland verstehen und die politischen Beziehungen weiter ausbauen. Ein besonderes Anliegen von Simons ist die Einbindung junger Menschen. Er möchte sie für die europäische Idee begeistern und aktiv in die Arbeit der Europa-Union einbinden. Gemeinsam mit den neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden Anna Echterhoff, Alexandra Becker und Charlotte Schneiders, die wertvolle Erfahrungen und Perspektiven einbringen, wird Simons daran arbeiten, diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Das engagierte Team ist hoch motiviert, die Zusammenarbeit in der Großregion zu fördern und weiter auszubauen.

Mit dem neuen Vorstandsteam ist die Europa-Union Saar bestens aufgestellt, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Sie wird weiterhin eine starke Stimme für die europäische Integration und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion sein.

Verantwortlich: Julien François Simons

Sachsen

35 Jahre Friedliche Revolution in Leipzig

Am 9. Oktober jährte sich der 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution in Leipzig. An diesem Tag im Jahr 1989 gingen mutige Bürgerinnen und Bürger auf die Straßen, um gegen das SED-Regime zu protestieren. Trotz großer Risiken und inmitten der Gefahr von staatlicher Gewalt und Verhaftungen traten die Menschen damals entschlossen für Demokratie und Freiheit ein. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ wurde Leipzig zu einem zentralen Schauplatz der Protestbewegung, die schließlich zum Mauerfall und zur Wiedervereinigung führte.

Unsere Vorstandsmitglieder nahmen an der Gedenkveranstaltung im Leipziger Gewandhaus teil. Der Austausch mit internationalen Gästen verdeutlichte, dass die Montagsdemonstrationen in Leipzig ein Höhepunkt im Kampf für Freiheit in Europa waren. Nach den Protesten in Budapest in den Fünfziger- und den Protesten in Prag in den Sechzigerjahren, welche brutal niedergeschlagen wurden, war der Wunsch nach Öffnung und Freiheit in vielen Orten Europas kaum noch aufzuhalten.

An der Gedenkveranstaltung nahm auch der Bürgermeister von Kyiv, Vitali Klitschko, teil. Kyiv ist Partnerstadt von Leipzig. Bundeskanzler Olaf Scholz zog vor Ort Parallelen zwischen dem Leipziger Kampf für Freiheit und dem aktuellen Widerstand der Ukraine gegen Putins barbarische Angriffe.

Besonders in Zeiten wachsender Polarisierung innerhalb Deutschlands rufen der 9. Oktober wie auch der 9. November uns alle dazu auf, die Errungenschaften der Friedlichen Revolution zu schützen und die Bedeutung von Freiheit und Solidarität zu bewahren. Die Geschichte zeigt: Demokratie lebt vom Engagement der Menschen – und genau dieses Engagement braucht es auch weiterhin, um die Zukunft zu gestalten.

Auf dem Lichtfest im Anschluss hatten wir die Möglichkeit, die prägenden Eindrücke des Tages zu verarbeiten. Unser Respekt gebührt



Vorstandsmitglieder der Europa-Union Sachsen bei der Gedenkveranstaltung im Leipziger Gewandhaus
Beide Fotos: EUD Sachsen

den mutigen Männern und Frauen in Leipzig damals und in der Ukraine heute. Ihre Entschlossenheit und ihr Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit inspirieren uns und erinnern daran, wie wichtig es ist, für unsere Werte einzutreten.

Klaas Wibker

Europa am Beginn neuer Wahlperiode

Birgitta Haarbeck und Dr. Georg Freytag von der Europa-Union Sachsen begrüßten am 29. August EUD-Präsident Rainer Wieland und Oliver Schenk MdEP als Gäste bei der Veranstaltung „Europa 12 Uhr mittags“. Grundlage des Gesprächs waren die neuen



Die Gastgeber und ihre Gäste in Dresden: (v. l.) Oliver Schenk MdEP, Dr. Georg Freytag, Birgitta Haarbeck und Rainer Wieland

Leitlinien der Europäischen Kommission für die kommende Legislatur.

Rainer Wieland erklärte: „Das wichtigste Thema für die neue Wahlperiode ist der „Industrial Deal“. Die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken hat oberste Priorität. Dies wird das Thema „Green Deal“ allerdings nicht ersetzen. Die EU muss hier weiter mutig vorangehen, nachhaltige Innovationen fördern und

zum Nachahmen anregen!“

„In der Ansiedlung der ESMC in Sachsen zum Bau einer Halbleiterfabrik und der rechtzeitigen Beihilfegenehmigung durch die Kommission sehe ich eine starke Entwicklung Sachsens innerhalb der EU“, so Oliver Schenk, ehemaliger Chef der Sächsischen Staatskanzlei und seit Juli 2024 Mitglied des Europäischen Parlaments. „Daher werde ich mich auch im Industrieausschuss des Europaparlaments engagieren.“

Schnell kam die Diskussion zum Thema Migration und dem Schutz der EU-Außengrenzen, der, wie Rainer Wieland betonte, eine gemeinsame Aufgabe sei. „Mit gemeinsamen Ressourcen, also entsprechendem Kapital und Personal, ist das gut zu bewerkstelligen. Die Verteidigung Europas gegen illegale Migration bedeutet eine gemeinsame Anstrengung! Grenzkontrollen in Deutschland sind perspektivisch keine Lösung.“

Oliver Schenk betonte: „Es ist wichtig, dass die nationalen, regionalen und kommunalen Ebenen in den europäischen Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden.“

Rainer Wieland und Oliver Schenk freuen sich sehr über das 10-jährige Bestehen des Landesverbandes der Europa Union in Sachsen im nächsten Jahr und sind von einer weiterhin positiven Entwicklung der EUD-Arbeit in Sachsen überzeugt.

Iris Meusemann

Nordrhein-Westfalen

Dortmund

Schwerpunkt Niederlande: Die Europa-Union Dortmund und die Deutsch-Niederländische Gesellschaft führten gemeinsam eine Exkursion und einen Diskussionsabend durch. Fast 50 Teilnehmende machten sich am 12. Oktober auf den Weg nach Otterlo in den Niederlanden. Die Auslands-gesellschaft.de hatte den Vorschlag beider Vereine umgesetzt und eine Tagesfahrt in das Kröller-Müller Museum nahe Arnheim organisiert. Die Gruppe erfreute sich nach angenehmer Anreise an Gemälden der großartigen Sammlung des Museums, die Werke u. a. von Vincent van Gogh, Claude Monet, Pablo Picasso und Piet Mondrian zeigt. Die Sammlung ist größtenteils in einem von Henry van der Velde, der auch das Folkwang Museum in Essen entwarf, errichteten Bau untergebracht. Nach einem gemeinsamen Mittagessen nutzten einige noch die Gelegenheit, den Skulpturenpark des Kunstmuseums zu besuchen, der das im Nationalpark Hoge Veluwe gelegene Anwesen umgibt.

Die Rückfahrt nach Dortmund bot Gelegenheit, auf die Veranstaltung „100 Tage Rechtsruck in den Niederlanden. Was bedeutet die neue Regierung für Europa?“ hinzuweisen. Die neue niederländische Regierung sorgt nicht nur innenpolitisch für harte Auseinandersetzungen, sondern geht auch auf Konfrontationskurs mit der Europäischen Union. Wie realistisch die Umsetzung der geplanten Vorhaben ist, was dies für die politische Debatte innerhalb der Niederlande und für die EU bedeutet, diskutierten die Deutsch-Niederländische Gesellschaft in der Auslands-gesellschaft, Europe Direct Dortmund sowie die Europa-Union Dortmund am 4. November mit Dr. Loek Geeraedts, dem 1. Vorsitzenden der Bundesgemeinschaft für deutsch-niederländische Zusammenarbeit.

Duisburg

Diskussion zum Weimarer Dreieck: Gemeinsam mit dem Landesverband und weiteren Partnern veranstaltete die Europa-Union Duisburg im Rathaus Ende Oktober eine Diskussion zum Thema „Für eine Neubelebung des Weimarer Dreiecks von Deutschland, Frankreich und Polen“. Nach

einer Einleitung durch Edeltraud Klabuhn, erste Bürgermeisterin der Stadt Duisburg, sprach als Hauptreferent Christian Moos, Generalsekretär der Europa Union Deutschland und Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Gemeinsam wurden die Vorteile des Dreier-Formates beleuchtet. Insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine gebe es in den östlichen Ländern Europas wie Polen und den baltischen Staaten eine ganz andere Perspektive. Das Weimarer Dreieck biete eine enorme Chance, in diesen Fragen eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Sicht der Dinge zu finden. Wichtig sei auch, gerade im deutsch-polnischen Verhältnis die historischen Umstände der Beziehung zu beachten. Die zivilgesellschaftliche Tiefe ist nicht in demselben Maße aufgebaut wie zwischen Deutschland und Frankreich. Auch die aktuell geschlossenen Binnengrenzen sind ein wunder Punkt. Die Möglichkeitsfenster sollten durch die aktuelle europafreundliche Regierung in Polen nicht verpasst werden. Stefan Endell von der Deutsch-Französischen Gesellschaft Duisburg wies darauf hin, dass eine solche Verbindung besonders „von unten“ kommen müsse. Das



Die Dortmunder Gruppe im Skulpturenpark des Kröller-Müller Museums

Foto: EUD Dortmund



(v. l.) Edeltraud Klabuhn, Dr. Norbert Fabian, Christian Moos, Stefan Endell
Foto: EUD Duisburg

Weimarer Dreieck sei ein schöner Gedanke, aber der dazugehörige Verein wurde erst 2003 gegründet. Es brauche Initiativen wie beispielsweise eine Stärkung des deutsch-französisch-polnischen Jugendwerks.

In der anschließenden Diskussion ging es um Fragen wie die Möglichkeit des Jugendaustausches, die Gestaltung von Austauschformaten sowie die Sprachausbildung in den befreundeten Ländern. Festgehalten wurde, dass ein Kompromiss der großen Länder – Deutschland, Frankreich und Polen – oft eine Vorbildfunktion für viele andere Staaten Europas habe. Auch der Umgang mit Russland und der Ukraine, die Perspektive Ostdeutschlands, die Wahrnehmung der Bundesrepublik in Polen, der Handel und die Bevölkerungsbewegung waren Themen. Zeitweilig hatte Duisburg die größte Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund polnischer Herkunft: Menschliche Verbindungen und kultureller Austausch im Lokalen, auf denen im Großen aufgebaut werden kann.

Bocholt

Mitgliederversammlung: „Europa unter Druck“ war die Überschrift der 72. Mitgliederversammlung des KV Bocholt, die elf Tage vor der wichtigen Wahl in den USA und elf Monate vor dem offiziellen Bundestagswahltag stattfand. NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst ließ die Versammlung aus Leipzig grüßen, wo u. a. der Medienstaatsvertrag verhandelt wurde.

Europa-Union-Landesvorsitzender Peter W. Wahl wurde in seinem Heimatkreisverband Bocholt einstimmig von den versammelten Mitgliedern zum KV-Vorsitzenden wiedergewählt. Ebenso einstimmig wur-

den alle Vorstandsmitglieder im Amt bestätigt; neu dabei ist Nadine Heselhaus MdB aus Raesfeld.

Peter W. Wahl unterrichtete den Kreisverband über Diskussionen und Beschlüsse des EUD-Bundeskongresses vom vorausgegangenen Wochenende in Stuttgart. Dort war die NRW-Delegation mit drei eigenen angenommenen Anträgen – der Forderung nach einem neuen EU-Konvent, GEO-Blocking aufheben und dem Bekenntnis zu einem unabhängig finanziertem ÖRR – und Diskussionsbeiträgen wieder sehr erfolgreich. In der Rückschau auf den eigenen Verband blickte Wahl auf ca. 30 Veranstaltungen im Berichtszeitraum 2023/24 zurück, die im großen Maße auch wegen der Kooperationen mit dem Europe Direct Bocholt gelangen. Der Rückblick streifte die EurHope-Kampagne und die vor Ort durchgeführte Europa-Wahl Arena – „eine neue, spannende Art der Befragung von Politikern im direkten Austausch mit den Bürgern“, so der Vorsitzende. Er zeigte zudem auf, mit welch großem ehrenamtlichen Engagement in Bocholt und NRW zahlreiche Projekte und online-Formate erfolgreich umgesetzt werden konnten. So gab es Veranstaltungen zu den Auswirkungen der Wahlen in Frankreich, eine Nachtwächtertour, eine KI-Diskussion, ein Riesenrad-Quiz, Rathausgespräche und mit sehr guter Beteiligung des LWL „Europa und die Landwirtschaft“.



Sonja Wießmeier bei ihrem Bericht als KV-Geschäftsführerin
Foto: EUD Bocholt

Ein grundsätzlich einheitlicher Mitgliedsbeitrag im Verband wird als sinnvoll angesehen. Eine Beitragsanpassung wird durch die vorangegangenen Beschlüsse auf Bundes- und Landesebene ab 2025

erforderlich. Der Mindestbeitrag beträgt dann für Alt- und Neumitglieder 60 Euro/Jahr, von dem dann 27 Euro vor Ort verbleiben werden.

Siegen-Wittgenstein

Erfolgreiches Pub-Quiz: Die Europa-Union Siegen-Wittgenstein spielte 2024 in einem gemütlichen und informativen Europa-Pub-Quiz an mehreren Abenden den Siegerner Europapokal aus. Jeweils mehr als 20 Teilnehmende spielten dabei in Teams um die begehrte Trophäe und weitere Preise. Nach fünf Runden mit jeweils sechs Fragen war es soweit und der Siegerner Europapokalsieger stand für den jeweiligen Abend fest. Bei stets ausgesprochen guter Stimmung ließen sich ganz nebenbei mit dem Quiz auch einige aktuelle und allgemeine europäische Inhalte vermitteln.

Lünen

Kooperation mit dem Kulturbündnis: Das Kulturbündnis Lünen und die Europa Union Lünen haben eine Dokumentation des Projekts Europa 2024 erstellt. Das Projekt basierte auf der Idee, im Zuge der Europawoche 2024 mit Veranstaltungen und Aktionen in Lünen Facetten Europas zu

zeigen und damit den europäischen Gedanken zu fördern und sichtbar zu machen. Der Broschüre dokumentiert anschaulich die Veranstaltungen mit Musik, Theater, Film, Literatur und Kunst, zeitlich umrahmt von einer Fotoaktion. Die positive Resonanz der Besucherinnen und Besucher auf die unterschiedlichen Aktionen bestätigten den Erfolg, so dass das gemeinsame Projekt einen Beitrag dazu leisten konnte, den Europagedanken weiter-

zutragen. Eine künftige Zusammenarbeit des Bündnisses ist nach diesem positiven Fazit gut vorstellbar.

Verantwortlich: Daniela Vogt

Niedersachsen

Europa nach der Wahl

Am 31. August fand in Verden – Ort der jüngsten Neugründung bzw. Wiederbelebung eines Kreisverbandes der Europa-Union in Niedersachsen – die diesjährige Landesversammlung der niedersächsischen Europa-Union statt. Mit dem spannenden Thema „Standortbestimmung: Die Europäische Union nach den Europawahlen vom Juni 2024“ konnten die ganz aktuellen Fragen, welche die niedersächsischen Europa-Aktivist*innen bewegen, diskutiert werden.

Nachdem am Vortag eine Führung durch die historische Altstadt mit dem Schwerpunkt Verdener Dom sowie ein geselliges Beisammensein im „Niedersachsenhof“ stattgefunden hatten, eröffnete der Vorsitzende Harm Adam die Versammlung und begrüßte die Ehrengäste und Mitglieder. Nach den Grußworten des Landrates Peter Bohlmann und der Co-Vorsitzenden des Kreisverbandes Verden, Dörte Liebethuth MdL, hielt der Vizepräsident der EVP und Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, David McAllister MdEP, seinen mit Spannung erwarteten Vortrag zur „Standortbestimmung nach den Europawahlen vom Juni 2024“. In bewährter, informativer und kenntnisreicher Weise stellte McAllister die anstehenden Aufgaben bei der Bildung der neuen Kommission vor, die zum 1. Dezember dieses Jahres ihre Arbeit aufnehmen konnte.

Dabei werden nach den Vorstellungen der mit großer Mehrheit gewählten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen klare Zuständigkeiten der Kommissare insbesondere in folgenden Feldern definiert werden: die Wettbewerbsfähigkeit Europas im globalen Kontext, insbesondere gegenüber den USA und China; eine Agenda für eine gemeinschaftliche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitglieder; der Ausbau der inneren, grenzüberschreitenden Sicherheit in der Gemeinschaft; die Umsetzung der bereits im verkündeten „Green Deal“ beschlossenen Maßnahmen sowie institutionelle Veränderungen

und ein Handlungsfähigkeit schaffender Finanzrahmen inklusive eines nachhaltigen Bürokratieabbaus.



David McAllister, Festredner der Landesversammlung 2024
Foto: Cord-Wilhelm Kiel

Dabei ist, so McAllister, die durch die Europawahlen spürbare Verschiebung des politischen Spektrums nach rechts ebenso eine Erschwernis wie die zu befürchtende „Sturheit“ von Ländern wie Ungarn und der Slowakei. Nach seinen Ausführungen hatten die Teilnehmer ausreichend Gelegenheit zu Fragen und einem Gedankenaustausch mit dem Referenten. Bei der Beantwortung wies McAllister u. a. deutlich darauf hin, dass Europas Auftreten mit erhobenem Zeigefinger im Kontext von Abschlüssen zu Handelsabkommen weltweit nur sehr bedingt „begrüßt“ werde.

Am Nachmittag befassten sich die Delegierten mit Beschlüssen zur Stärkung der politischen Bildung in Niedersachsen mit dem Fokus auf der „Europabildung“ und

ließen sich über rechtsextremistische Einstellungen, deren Ideengeber und ihre organisatorische Gliederung informieren. Bei sonnigem Spätsommerwetter konnten die Teilnehmer mit optimistischen und Kraftgebenden Eindrücken die Heimfahrt nach einem arbeitsreichen, inspirierenden Tag in der „Pferde-Stadt“ Verden antreten.

Göttingen

Besorgter Blick nach Frankreich: Knapp 50 Interessierte hatten den Weg in die Galerie Alte Feuerwache in Göttingen gefunden, um Ausführungen des Direktors des Kehler Instituts für grenzüberschreitende Zusammenarbeit/Euro-Institut, Georg Walter, zur politischen Lage in Frankreich nach den Europawahlen und zu den von Staatspräsident Emanuel Macron kurzfristig anberaumten Parlamentswahlen zu folgen.

Frankreich hatte bislang keine Erfahrungen mit echten Koalitionsregierungen. Auch zu Zeiten der Cohabitation waren die politischen Mehrheiten in der Nationalversammlung eindeutig. Präsident Macron wollte mit der am Abend der Europawahl ausgerufenen Neuwahl der französischen Nationalversammlung Klarheit schaffen. Das Ergebnis der Juliwahlen ist ein totales Politik-Chaos. Die Nationalversammlung ist zersplittert, die politischen Ränder sind gestärkt, keine Partei bzw. kein Wahlbündnis hat die Mehrheit, aber alle beanspruchten zum Zeitpunkt der Veranstaltung vom 8. August die politische Führung und das Amt der Premierministerin bzw. des Premierministers für sich.



Im Vorprogramm der Landesversammlung fand eine Stadtführung durch Verden statt.

Foto: Cord-Wilhelm Kiel

Georg Walter nahm für sich nicht in Anspruch, verbindliche Vorhersagen zur Bildung der zukünftigen Regierung zu treffen. Er verwies auf die starke Stellung des Staatspräsidenten und dessen Bemühungen, ein Parteienbündnis zu schmieden, das zumindest parlamentarische Legitimation daraus gewönne, dass ihm nicht ständig in der Nationalversammlung das Misstrauen ausgesprochen würde. Dazu stellte er die wichtigsten französischen Parteien im Überblick vor und beschäftigte sich mit den langfristigen Folgen der Wahlen des Jahres 2017, bei denen sich mit dem Front National und der macronistischen Sammlungsbewegung La République en Marche zwei Kräfte gegenüberstanden, die sich in der Programmatik radikal unterscheiden, aber bei der Aktivierung ihrer Anhängerschaft und in ihrem Bestreben, sich über das etablierte Parteiensystem und die traditionelle Spaltung in ein rechtes und linkes Lager zu erheben, ähnlich sind.



Moderator Stephan Meuser (l.) und Referent Georg Walter Foto: Harm Adam

Einen besonderen Schwerpunkt legte der Referent auf die Vorstellung der Programmatik des Rassemblement National (ehemals Front National) und seiner Parteiführerin Marine Le Pen, die gemeinsam mit dem neuen Parteivorsitzenden Jordan Bardella bemüht sei, der Partei ein moderneres, bürgerlich-national konservatives Image zu geben und sich von (zu) offen rassistischen und fremdenfeindlichen sowie antisemitischen Inhalten zu distanzieren. In der sich anschließenden Diskussion, die vom Leiter des Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung, Stephan Meuser, moderiert wurde, kam die Besorgnis zur Sprache, ob Deutschland nun dauerhaft seinen wichtigsten politischen Partner in der Europäischen Union verlieren würde. Die Frage, ob der stotternde deutsch-französische Integra-

tionsmotor wieder Fahrt aufnehmen könne bzw. noch reparabel sei, musste offenbleiben.

Hameln

Ende einer Ära: Mit den Neuwahlen im Kreisverband Hameln ging eine Ära zu Ende: Reinhard Burdinski trat nach 12 Jahren als Kreisvorsitzender aus Altersgründen nicht erneut für den Vorsitz an, bleibt aber vorübergehend noch als Beisitzer Teil des Vorstands. Neuer Vorsitzender wurde Cord Wilhelm Kiel, der seine Hoffnung zum Ausdruck brachte, nur übergangsweise – bis zu einer möglichen Fusion mit dem Kreisverband Bad Pyrmont – im Amt zu bleiben. Ziel beider Verbände, die parallel in einem Landkreis existieren, ist es, innerhalb der ersten Jahreshälfte 2025 zu einem neuen Kreisverband Hameln-Pyrmont zusammenzugehen, der auch andere Mitglieder in der Region Weserbergland, die in momentan inaktiven Kreisverbänden gemeldet sind, betreut.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung sprach der heimische Bundestagsabgeordnete Johannes Schrap (SPD) über die „Ostsee-Parlamentarierkonferenz (BSPC) und ihre Bedeutung“. Die BSPC als wichtige Plattform für Europa und Deutschland umfasst zehn nationale und sieben regionale Parlamente sowie fünf parlamentarische Organisationen. Als parlamentarisches Pendant zum Ostseerat tagt die gesamte Konferenz einmal jährlich an wechselnden Orten. Seit Beginn des Ukrainekriegs ist Russland ausgeschlossen.



Johannes Schrap (r.) referierte bei der Mitgliederversammlung in Hameln. Foto: Cord-Wilhelm Kiel

„Die Konferenz bekennt sich zur territorialen Integrität jedes Mitgliedstaates, und somit ist klar, dass Verletzungen dieser Integrität nicht einfach so von der Konferenz hingenommen werden“, erläuterte Schrap. „Es muss immer Einstimmigkeit hergestellt werden, 2022 konnten die russischen Delegierten aufgrund der EU-Sanktionen nicht teilnehmen.“

Nienburg

Neuer Kreisvorstand: Mit der Wahl eines neuen Vorstandsteams hat sich die Europa-Union Nienburg neu aufgestellt und für die Zukunft einiges vorgenommen. Auf der Mitgliederversammlung stellte Landesvorsitzender Harm Adam die inhaltlichen Positionen und aktuellen Schwerpunkte der Europa-Union vor. Zudem konnte er vom kürzlich stattgefundenen Bundeskongress in Stuttgart berichten. Kassenwart Tobias Sperling erklärte zu den künftigen Zielen der Kreisverbandsarbeit: „Wir wollen unsere Mitmenschen wieder mehr für ein geeintes, demokratisches Europa sensibilisieren und dafür verstärkt den Austausch zu europäischen Themen und Fragen suchen.“ Um junge Menschen vermehrt zu erreichen, sollen die Vernetzung zu Schulen sowie zu Vereinen mit Partnerschaften in Europa ausgebaut und verstärkt auch die Sozialen Medien in die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen werden. Wieder aufnehmen will man regelmäßige Vortragsveranstaltungen in Kooperation mit der VHS sowie die beliebten Bildungsfahrten ins europäische Ausland. Bereits bestehende Kontakte zum Europäischen Informationszentrum Niedersachsen sollen ausgebaut werden. Landtagsabgeordneter Grant Hendrik Tonne wurde einstimmig zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Es sei ihm ein besonderes Anliegen, die positiven Eigenschaften Europas wieder in den Vordergrund zu stellen, so Tonne in seiner Antrittsrede. Unterstützt wird er im neuen Vorstand von Tina Kortsch (stellv. Vorsitzende), Sebastian Meyer (Schriftführer) und Tobias Sperling (Kassenwart). Komplettiert wird das neue Vorstandsteam durch die jungen Beisitzer Paul-Jasper Beck und Etienne Januzi. Den bisherigen Vorstandsmitgliedern Helena Nowak, Silvia Lompe und Gunda Sackwitz wurde für ihr langjähriges Engagement gedankt.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Schleswig-Holstein

Landesversammlung

Wieso erleben radikale Parteien aktuell so einen Aufstieg? Ist TikTok schuld am Rechtsruck in Europa und wieso fehlt es Demokratinnen und Demokraten offenbar an Überzeugungskraft? Um diese und weitere Fragen ging es auf der Landesversammlung der Europa-Union Schleswig-Holstein (EUSH) am 7. September in der DEULA in Rendsburg. Über mögliche Antworten auf diese Fragen diskutierten Gäste und Delegierte zum Auftakt der Veranstaltung mit Politikberater und Autor Martin Fuchs, der die Versammlung mit einer Analyse des Europawahlkampfes 2024 bereicherte. Der 45-Jährige kritisierte unter anderem, dass der deutsche Europawahlkampf zu sehr auf die Bundespolitik geschaut habe und es kaum europäische Themen oder Kandidierende gegeben habe. Vielfach hätten die Parteien mit Personen geworben, die gar nicht zur Wahl standen. Einen besonderen Blick warf Fuchs in seiner Analyse auf den Online-Wahlkampf. Dieser sei zwar wichtig, dennoch würden Plattformen wie Instagram oder TikTok – auf denen vor allem die europafeindliche AfD Präsenz zeigt – die Wahl nicht allein entscheiden. Zudem sei die Medienkompetenz vieler Erstwählerinnen und -wähler besser als ihr Ruf. Entscheidend sei, so Fuchs, dass die etablierten Parteien wieder selbst überzeugende Lösungen präsentierten, anstatt sich allein am politischen Gegner abzuarbeiten.

Dass die überparteiliche Europa-Union einen wesentlichen Beitrag zur Rekord-Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein beigetragen habe, hatte zuvor Europa-Staatssekretärin Anne Benett-Sturies in ihrem Grußwort deutlich gemacht. Sie bedankte sich für das Engagement des Verbandes und betonte die gute Zusammenarbeit zwischen Politik und Ehrenamt im Bundesland.

Zu den wichtigsten Themen der Delegiertenversammlung gehörten neben mehreren Anträgen vor allem die Wahlen zum neuen Landesvorstand. Nach 14 Jahren als Landesvorsitzender erklärte sich Uwe Döring bereit, noch ein Jahr dranzuhängen, in welchem auch seine Nachfolge geregelt werden solle. Zuvor war er bereits für sein langjähriges



Der neue Landesvorstand (v. l.): Paul Schulz, Leon Schröter, Jette Waldinger-Thiering, Niclas Herbst, Uwe Döring, Michael Montag, Martina Fey, Uli Adolf, Regina Poersch, Enrico Kreft, Helmer Krane, Hans-Peter Mallkowsky, Bernd Voß
Alle Fotos: EUSH

Engagement mit der Europa-Union-Ehrennadel in Gold ausgezeichnet worden.

Neu im Vorstand sind unter anderem die SSW-Landtagsabgeordnete Jette Waldinger-Thiering, der schleswig-holsteinische FDP-Spitzenkandidat zur Europawahl, Helmer Krane, sowie mehrere Mitglieder der Jungen Europäischen Föderalist:innen Schleswig-Holstein. Auch der CDU-Europaabgeordnete Niclas Herbst ist als stellvertretender Landesvorsitzender wiedergewählt worden. Den vollständigen Landesvorstand finden Sie auf unserer Website.

Lehrkräftefortbildung

Vom 15. bis 18. Oktober war es wieder einmal soweit: der Zertifikatskurs „Europakompetenz“ des Instituts für Qualitätssicherung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH) fand statt, dieses Mal in Rendsburg. Vier Tage lang kamen europabegeisterte Lehrkräfte zusammen, um mehr darüber zu erfahren, wie vielfältig sich das Thema Europa im Unterricht integrieren lässt. Neben e-Twinning und Erasmus+ durfte auch die Europa-Union Schleswig-Holstein mit ihren bildungspolitischen Angeboten nicht fehlen. Der EUSH-Bildungsbeauftragte Enrico Kreft konnte die Workshops und vor allem die Planspiel-Angebote des Landesverbandes präsentieren und aufzeigen, wie hilfreich es sein kann, komplexe politische Entscheidungsfindungs-

prozesse spielerisch kennenzulernen und die Schülerinnen und Schüler eine besondere Form der Selbstwirksamkeit spüren zu lassen. Das kam bei den Lehrerinnen und Lehrern sehr gut an. Bereits wenige Tage nach dem Seminar erreichten die Landesgeschäftsstelle in Kiel mehrere Anfragen zu Planspielen an Schulen im kommenden Jahr.

Die Methode Planspiel wurde von der Gruppe aber auch kritisch unter die Lupe genommen, so dass auch wir ein paar wertvolle Anregungen und Verbesserungsvorschläge mitnehmen konnten. Neben unseren Programmpunkten gab es für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer weitere spannende Seminarinhalte, die von praktischen Tipps für konkrete Europa-Projekte über interkulturelle Bildung bis zum Thema Nachhaltigkeit reichten. Im Mittelpunkt stand



Europa im Unterricht: EUSH-Bildungsbeauftragter Enrico Kreft im Austausch mit Lehrkräften

dabei immer die Frage: Was müssen wir jungen Menschen an die Hand geben, damit sie den Wert eines geeinten und demokratischen Europas der Bürgerinnen und Bürger erkennen und für die Zukunft gewappnet sind. Der nächste Europa-Zertifikatskurs für Lehrkräfte findet im Frühjahr 2025 statt.

70 Jahre für Europa

Der 11. August 1954 markiert einen besonderen Tag für Schleswig-Holstein: An diesem Tag wurde die Europa-Union Schleswig-Holstein e. V. mit der Eintragung ins Vereinsregister offiziell gegründet. Ein Grund zum Feiern und der ideale Anlass, um auf 70 Jahre Europaarbeit in Schleswig-Holstein zurückzublicken. Der Festakt fand am 20. November im Holstenhallen Congress Center in Neumünster statt. Mehr als 80 Mitglieder, Gäste sowie Freundinnen und Freunde des Verbandes waren mit dabei, um auf die Erfolge der Europa-Union Schleswig-Holstein zurückzublicken.

Begrüßt wurden die Gäste zunächst von dem Saxophon-Quartett der Musikschule Neumünster, das eine ganz besondere Version der Europa-Hymne, der Ode an die Freude, und weitere Stücke zum Besten gab. Uwe Döring, seit mehr als 12 Jahren Landesvorsitzender, eröffnete den Abend mit einer spannenden Retrospektive auf die vergangenen Jahrzehnte. Dabei förderte er auch die ein oder andere Geschichte zu Tage, die selbst für langjährige Verbandsmitglieder eine Neuigkeit war. So berichtete er unter anderem über Vorläufer-Organisationen, die sich im Schleswig-Holstein der ersten Nachkriegsjahre zusammentaten, um sich für ein vereintes und vor allem friedliches Europa einzusetzen. Erwähnung fand dabei auch eine Versammlung von Europa-Verbänden 1947 in Eutin, die möglicherweise die eigentliche Geburtsstunde der Europa-Union markiert.

Im Anschluss überbrachte Ministerpräsident und Europa-Unions-Mitglied Daniel Günther per Videobotschaft seine besten Glückwünsche zum Ausdruck und bedankte sich für das jahrzehntelange Engagement des Verbandes. Nach einem weiteren musikalischen Leckerbissen des Saxophonquartetts hielt EUD-Ehrenpräsident Elmar Brok die Festrede. Der langjährige Europapolitiker



Historischer Rückblick des Landesvorsitzenden Uwe Döring beim Festakt

forderte die Mitglieder auf, wieder aktiver zu werden und den Menschen klar zu machen, dass die Errungenschaften Europas nicht selbstverständlich seien. „Wir müssen wieder laut und aktiv sein und wir müssen auch der nächsten Bundesregierung, egal wie diese aussehen wird, auf die Nerven gehen. Wir dürfen nicht nachlassen“, so Brok.

Abschließend verlieh Uwe Döring eine Ehrenurkunde und die Ehrenmedaille des Landesverbandes an Dr. Christian Pletzing. Der langjährige Leiter der Europäischen Akademie in Sanktmark wurde damit für seine besonderen Verdienste um ein geeintes Europa und die Förderung des Europäischen Gedankens in Schleswig-Holstein ausgezeichnet.

Anschließend ging es an das Holsteiner-Bufferet. Bei regionalen Köstlichkeiten tauschten sich die Gäste und Mitglieder aus, sogar ein Neumitglied konnte an diesem geselligen Abend gewonnen werden.

Frei nach dem Motto: „Ein voller Bauch, der quizzt sehr gern!“ wurde zum Ausklang des Abends noch ein gemeinsames Europa-Quiz gespielt. Die europabegeisterten Gäste konnten natürlich die allermeisten Fragen richtig beantworten, so dass es auch um Schnelligkeit ging. Gewinnerin des Abends war schließlich die JEF-Landesvorsitzende

Pia Levermann, die sich über ein gebundenes Exemplar von Robert Menasses Europa-Roman „Die Hauptstadt“ freuen konnte.

Eine gelungene Jubiläumsfeier, die motiviert hat für die nächsten 70 Jahre Europaengagement!

Verantwortlich: Ralf Rose



Bremen

Diskussion zu Georgien

Unter dem Titel „Europa oder Russland? Wohin geht Georgien mit dem ‚Agentengesetz‘?“ hat die Europa-Union Bremen gemeinsam mit weiteren Partnern am 30. September eine hochkarätige Diskussionsveranstaltung im Bremer Theater durchgeführt. Die beiden Verfassungsrechtler Dr. Anna Phirtskhalashvili, Professorin an der Georgian National University, und Dr. Albrecht Weber, Prof. em. der Universität Osnabrück, haben den undemokratischen Charakter des von der Regierung in Georgien vorgelegten Gesetzes zur Überwachung der NGOs klar herausgearbeitet und deutlich gemacht, dass, wenn dieses Gesetz durchkäme, z. B. eine NGO, die gegen Gewalt gegen Frauen arbeitet, als ausländische Agentin gebrandmarkt würde und ihre Arbeit nicht weiter fortsetzen könnte. Dieses sogenannte Agen-



Das Panel mit Prof. Dr. Anna Phirtskhalashvili (l.) und Prof. em. Dr. Albrecht Weber wurde moderiert von Ellen Best, Vorstandsmitglied der Europa-Union Bremen.

Foto: EUD Bremen

tengesetz würde der entstehenden Zivilgesellschaft in Georgien schweren Schaden zufügen. Die EU hat die Beitrittsverhandlungen mit Georgien wegen der innenpolitischen Entwicklungen im Land ausgesetzt. Georgien hat eine starke, vor allem von jun-

gen Menschen, insbesondere jungen Frauen, getragene Demokratiebewegung, die in die EU wollen und den pro-russischen Kurs des Regierungschefs Iwanischwili ablehnen.

Das Wahlergebnis in Georgien vom 27. Oktober 2024, bei dem der pro-russische Regierungschef mit seiner Partei Georgischer Traum nach offensichtlichen Wahlfälschungen zum Sieger erklärt wurde, ist ein schwerer Rückschlag für die pro-europäische Bewegung und die pro-europäische Staatspräsidentin Salome Surabischwili. Aufgabe der EU muss jetzt sein, das Wahlergebnis, das nach Wahlbeobachtern manipuliert wurde, nicht anzuerkennen.

Die Politik Putins ist klar zu sehen. Er will seine Einflussphären immer weiter ausdehnen und seiner imperialistischen Machtpolitik freien Lauf lassen. Die EU muss sich stärker gegen den autoritären Kurs des Kremls zur Wehr setzen. Sanktionen gegen das pro-russische Georgien wären ein Schritt.

Verantwortlich: Dr. Helga Trüpel

Thüringen

Neuwahl des Landesvorstandes

Am 22. November wählten die Mitglieder der Europa-Union Thüringen ihren neuen Vorstand. Dabei wurde Dr. Claudia Conen als Landesvorsitzende einstimmig wiedergewählt. Die Wirtschaftsjuristin und EUD-Vizepräsidentin gehört dem Vor-

stand seit über zehn Jahren an und ist seit fünf Jahren Landesvorsitzende. Bestätigt wurden auch Marion Walsmann MdEP (EVP) und Gerald Ullrich MDB (FDP) als stellvertretende Landesvorsitzende. Neu dabei sind als Stellvertreter der Oberbürgermeister aus Weimar, Peter Kleine (parteilos), und Konstantin Petry von der JEF. Beisitzer sind Madeleine Henfling MdL a. D. (Grüne), Holger Holland (World Cleanup Day/parteilos), Jonas Urbach MdL (Europaausschuss/CDU) und Johannes Blasius (CDU) aus der Thüringer Staatskanzlei.

Die Europa-Union Thüringen setzt damit weiterhin auf demokratische Vielfalt. Die Landesvorsitzende hatte sich im Vorfeld dafür eingesetzt, die JEF mangels Doppelabkommen im Landesvorstand zu stärken und ihr einen festen Platz einzuräumen.

Mit dem Schatzmeister Andreas Ruf und den beiden Kassenprüfern Dr. Marcel Bode sowie Dr. Sebastian Knappe ist der neue Landesvorstand komplett.

Sein erstes Treffen noch in diesem Jahr will der Landesvorstand dazu nutzen, das Arbeitsprogramm 2025 festzulegen. Dabei wird die Zusammenarbeit mit der neuen Thüringer Landesregierung genauso im Fokus stehen wie die Auseinandersetzung mit der AfD.



Der neue Landesvorstand

Beide Fotos: EUD Thüringen

Europa-Café zu Nordmazedonien

Anlässlich der Landesversammlung diskutierten die Mitglieder der Europa-Union Thüringen bei einem anschließenden



Gastreferent Daniel Braun mit Dr. Claudia Conen (r.) und Marion Walsmann MdEP

den „Europa-Café“ zur Frage der EU-Aufnahme von Nordmazedonien. Dazu begrüßte die Landesvorsitzende, Dr. Claudia Conen, Daniel Braun, Leiter des Auslandsbüros der KAS Nordmazedonien und Kosovo. Der gebürtige Thüringer schilderte in einem eindrucksvollen Vortrag die vielfältigen Interessen innerhalb Nordmazedoniens. Auch die Beziehungen zu einzelnen EU-Mitgliedstaaten wie Bulgarien und zu anderen Ländern wie der Türkei oder Albanien beeinflussen die Frage eines Beitritts. Daniel Braun beschrieb den steinigen Weg in die Europäische Union, aber auch die Chancen, die geprägt sind

von vielfältigen Bevölkerungsgruppen und unterschiedlichen historischen Erlebnissen. Letztlich führten diese zu „Identitätskompromissen“.

Die Europaabgeordnete Marion Walsmann ist seit 2019 Mitglied der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Nordmazedonien. Sie trug ergänzende Informationen zu den Verhandlungen in Brüssel bei und schilderte ihre persönlichen positiven Erfahrungen mit Land und Leuten.

Verantwortlich: Andreas Ruf

Sachsen-Anhalt

Neue Projekte und Prioritäten für 2025

Die Europa-Union Sachsen-Anhalt blickt auf eine erfolgreiche Landesvorstandssitzung zurück, die am 23. Oktober in der Theaterkneipe „Strieses Biertunnel“ in Halle stattfand. Gemeinsam wurden der aktuelle Stand der Aktivitäten und Projekte erörtert sowie neue Prioritäten gesetzt. Im Fokus standen die strategische Planung und die Intensivierung der Zusammenarbeit auf allen Verbandsebenen.



Der Landesvorstand bei seiner Sitzung am 23. Oktober
Foto: Dr. Alexander Vogt

Europäische Politik hautnah: Ein besonderes Highlight im kommenden Jahr wird eine Besucherreise nach Brüssel sein, bei der unter anderem das Europäische Parlament besucht wird. Diese Reise bietet eine wertvolle Gelegenheit, europäische Politik vor Ort zu erleben und direkt mit politischen Akteurinnen und Akteuren ins Gespräch zu kommen. Dank der Unterstützung von Alexandra Mehnert MdEP freuen wir uns auf einen spannenden und inspirierenden Austausch.

Zukunftszentrum als Chance: Neben bewährten Formaten sollen auch neue Projekte initiiert werden. Ein besonderer Schwerpunkt soll auf der Zusammenarbeit mit dem „Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ liegen, das in Halle entstehen wird. Mit dem Kabinettsbeschluss vom 1. März 2023 hat die Bundesregierung Halle (Saale) als Standort für dieses wegweisende Zentrum benannt. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen stellt dafür insgesamt 200 Millionen Euro an Investitionskosten bereit. Im laufenden Jahr wurde ein internationaler Architekturwettbewerb ausgelobt und die Trägergesellschaft des Zukunftszentrums gegründet. Die Fertigstellung des Gebäudekomplexes ist bis 2029 geplant. David Horn, Beisitzer im Landesvorstand, unterstreicht die Bedeutung des Projekts: „Das Zukunftszentrum bietet die einmalige Gelegenheit, die europäische Perspektive in den Mittelpunkt zu rücken. Halle wird so zu einem Schlüsselstandort für den Austausch über Transformation und Zusammenhalt in Europa.“ Die Europa-Union Sachsen-Anhalt

setzt sich dafür ein, dass die geplante Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft diese europäische Dimension betont und ausbaut. Landesvorsitzender Dr. Alexander Vogt betont: „Das Zukunftszentrum ist nicht nur ein Symbol der Deutschen Einheit, sondern auch ein Leuchtturm für die Europäische Idee. Wir möchten, dass Halle ein Ort wird, an dem sich Menschen aus ganz Europa begegnen und voneinander lernen können.“

Projekte für junge Menschen: Mit innovativen Formaten und neuen Ansätzen möchte die Europa-Union Sachsen-Anhalt den Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung der europäischen Einigung näherbringen. Es ist wichtig, den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu fördern, um ein positives Europabewusstsein zu stärken. Ein besonderer Fokus der Sitzung lag auf der Idee einer „Simulation Europäisches Parlament“. Dieses Projekt soll vor allem junge Menschen ansprechen und Europa erlebbar machen.

Mit frischem Elan und klaren Zielen freuen wir uns auf die Herausforderungen der kommenden Monate – insbesondere auf die Wahlen 2025!

Verantwortlich: David Horn



Berlin

75-Jahr-Feier

Am 20. Juli konnte die Europa-Union Berlin (EUB) ihr 75. Gründungsjubiläum feiern. Entsprechend festlich wurde es dann auch auf unserer Jahresmitgliederversammlung. In den Räumen der Europäischen Akademie Berlin betonte der EUB-Co-Vorsitzende Manuel Knapp vor rund 50 Gästen nicht ohne Stolz: „Seit 75 Jahren kämpfen wir für die Idee der Europäischen Integration – und sehen immer noch recht frisch aus.“



In Feierlaune: Der Landesvorstand der Europa-Union Berlin

Beide Fotos: Gerolf Mosemann

Wir spürten es alle – es war ein historischer Tag. Wir schauten zurück auf eine Gründung in schwierigen Zeiten. Am 20. Juli 1949 lag Berlin, seinerzeit Symbol für die Teilung unseres Kontinents, noch in Trümmern. Unsere Gründerinnen und Gründer brauchten vor allem eines: Mut. Aber sie handelten in der festen Überzeugung, dass Europa der Schlüssel ist für ein künftiges friedliches Miteinander.

In ihrem Grußwort schaute Gaby Bischoff MdEP, Vizepräsidentin der EUD, nach vorn. Gerade im wiedervereinten Berlin gelte es, die Vorteile unserer Integration sichtbar zu machen und weiterzuarbeiten an der Vision eines föderalen Europas. Der Vorsitzende der JEF Berlin-Brandenburg, Dominik Geier, dankte der EUB in seinem Grußwort für die intensive Zusammenarbeit. Aus Sicht der

jungen Generation stellte er bewundernd fest: „75 Jahre sind eine lange Zeit; als ich geboren wurde, gab es die EUB bereits seit 50 Jahren.“ Die EUB sei der lebende Beweis dafür, dass Europa jeden Tag stattfindet.

In digitalen Grußworten gratulierten uns Persönlichkeiten wie Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin, Dr. Christian Johann, Direktor der Europäischen Akademie Berlin, Franziska Giffey, Senatorin für Wirtschaft des Landes Berlin, Dr. Anna Lührmann, Staatsministerin für Europa im Auswärtigen Amt, und Rainer Wieland, Präsident der Europa-Union Deutschland. Sie

alle würdigten den Wert und die Erfolge unserer Arbeit – wie etwa die Verankerung des Europa-Bezugs in der Berliner Verfassung.

In ihrer Festrede blickte Katharina Wolf, Präsidentin des Netzwerks Frauen Europas und Vorsitzende der Europa-Union Sachsen, zurück auf den Werdegang unserer Vereinigung, verwies auf künftige Gefahren, machte uns aber auch „Hoffnung auf Europa“.

Mit ihrer „Ode für Europa“ bewegte die Bühnenpoetin Jessy James LaFleur uns alle. Ihr Kernanliegen, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, griff unsere Co-Vorsitzende Katharina Borngässer in ihrem Schlusswort auf: „Lasst uns alle weiter an einem Strang ziehen.“

Kontroverses Botschaftergespräch

Für die Botschaftsgespräche der Europa-Union Berlin lädt die Botschaft des Landes, das die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft inne hat, gemeinsam mit der EUB und den Jungen Europäischen Föderalist:innen Berlin-Brandenburg zu einem Diskussionsabend.

Diese Tradition wurde am 13. November gebrochen. Man traf sich nicht in der Botschaft, sondern in der Berliner Landeszentrale für Politische Bildung. Begrüßt wurden wir von Reinhard Fischer von der Landeszentrale, von der EUB-Co-Vorsitzenden Katharina Borngässer sowie der Vertreterin der JEF, Lilly Bornemann. Dann übernahm Moderator Florian Staudt die Regie, hieß den Botschafter der Republik Ungarn, Dr. Péter Györkös, willkommen und fragte zunächst das Publikum: „Was verbinden Sie mit Ungarn?“ Die spontane Antwort: die Ausreise der Deutschen aus der DDR im Sommer 1989. In akzentfreiem Deutsch berichtete der Botschafter über seine Mitwirkung an dieser legendären Grenzöffnung. Mit dem „paneuropäischen Picknick“ in Sopron vollzog Ungarn den ersten Schritt vor den Eisernen Vorhang. „Ungarn war damals liberaler als Gorbatschow“, so der Botschafter.

Die Ungarinnen und Ungarn, so der Botschafter, seien überzeugte Europäer. Allerdings funktioniere die EU intergouvernemental, sei „eine Union der Mitgliedstaaten“. Hier wurde unser Moderator sehr deutlich: Wir, die EUB, seien im Gegenteil überzeugt vom Ziel eines föderalen Euro-



Der ungarische Botschafter (l.) mit Moderator Florian Staudt

pas. Auch weitere Themen wurden kontrovers besprochen: Neben den Prioritäten der ungarischen Präsidentschaft ging es um die Frage, warum Ungarn den NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands blockiert habe, um Ungarns Haltung zur deutschen „Willkommenskultur“ 2015 oder um die Erweiterungspolitik.

Verantwortlich: Dr. Hans Jörg Schrötter,
Florian Staudt

Brandenburg

Die Lausitz, Europa und der Strukturwandel

Der Strukturwandel in der Lausitz ist eine der zentralen Herausforderungen für die Region, die sich von einer durch Braunkohle geprägten Industrielandschaft hin zu einem zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschaftsraum entwickeln muss. Die Europäische Union spielt dabei eine bedeutende Rolle, indem sie mit strategischen Vorgaben wie dem European Green Deal und finanziellen Förderungen zur Gestaltung des Wandels beiträgt.

Die Europa-Union Brandenburg legte 2024 ihren fachlichen Schwerpunkt auf den Strukturwandel und die Lausitz. Zum einen organisierte sie gemeinsam mit dem Bundesverband Bürgerdialoge in der Lausitz, zum anderen führte sie Fachgespräche mit Experten, zuletzt zum „Net Zero Valley Lausitz“ mit der Sprecherin der Lausitzrunde, Christine Herntier.

Lausitzer Europadialog: Am 20. September fand in Senftenberg die Auftaktveranstaltung der „Lausitzer Europadialoge 2024“ statt. Unter dem Motto „Die Lausitz und die EU: Wie gestalten wir den Strukturwandel?“ diskutierten Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Andreas Pfeiffer (Bürgermeister von Senftenberg), Dr. Gunther Markwardt (Ökonom an der BTU Cottbus-Senftenberg) und Michael Franke (Regionalmanager der LAG „Energieresion im Lausitzer Seenland“).

Pfeiffer hob in seinem Grußwort hervor, dass durch die Transformation in der Lausitz zahlreiche neue Arbeitsplätze, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien, entstehen könnten. Gleichzeitig mahnte er an, bürokratische Hürden abzubauen, um die Region für Unternehmen attraktiver zu machen.

Ein Stimmungsbild zeigte überwiegend Zuversicht: Nur wenige Teilnehmende äußerten Sorgen; diese betrafen vor allem die Abwanderung junger Menschen. Markwardt verwies auf die positiven Zukunftsaussichten der Region, die jedoch weiterhin unter ihrem negativen Image aus den 1990er Jahren leide.



„Stimmungsbild“ vom Europadialog in Senftenberg

Foto: Johannes Kohls

Kampagnen wie „Die Lausitz. Krasse Gegend“ sollen den Wandel sichtbarer machen, die Teilnehmenden betonten jedoch, dass vor allem direkter Austausch vor Ort und niedrigschwellige Formate nötig seien.

Zur Rolle der EU erklärten Markwardt und Franke, dass der European Green Deal wichtige strategische Rahmenbedingungen setze. Zudem unterstütze die EU die Region durch verschiedene Förderprogramme, insbesondere für ländliche Räume. Dennoch gebe es Optimierungspotenzial bei der Nutzung dieser Fonds. Ohne die EU und den Binnenmarkt sei die Lausitz jedoch international kaum wettbewerbsfähig.

Die Veranstaltung wurde vom Brandenburger Ministerium der Finanzen und für Europa unterstützt. Ein weiterer Europadialog folgt im Dezember in der deutsch-polnischen Stadt Guben/Gubin.

Fachgespräch „Net Zero Valley“: Die Lausitz ist auf einem guten Weg, das erste „Net Zero Valley“ Europas zu werden. Dafür reichte ein breiter Zusammenschluss aus Wirtschaft, Städten und Gesellschaft der Region Lausitz seine Bewerbung Vertretern der Länder Brandenburg und Sachsen sowie dem Bundeswirtschaftsministerium ein. Am 13. November erhielten Europa-Expertinnen und -Experten in der Landeshauptstadt Potsdam die Gelegenheit, hinter die Kulissen zu blicken.

Im Fachgespräch mit Christine Herntier, der Sprecherin der Lausitzrunde und Bürgermeisterin von Spremberg, ging es um die praktische Umsetzung und die Chancen, die diese Bewerbung mit sich bringt.

Mit dem Prozess des Strukturwandels und des Kohleausstiegs, den die Lausitzrunde schon seit über einem Jahrzehnt begleitet, hat sich die Region sukzessive auf den Übergang zu klimafreundlichen Energielösungen vorbereitet. Das erwies sich bei der Bewerbung als Vorteil, denn die Ziele der Region decken sich mit dem Förderziel der EU, das im sogenannten „Net Zero Industry Act“ – einem europäischen Gesetz – formuliert wurde.

Das Gesetz ermöglicht es ausgewählten Regionen, Investitions- und Innovationsprojekte aus der Wirtschaft im Bereich sauberer Technologien unter besonderen Bedingungen zu fördern. So werden beispielsweise in den Net Zero Valleys Genehmigungsverfahren, die normalerweise mehrere Jahre dauern, auf maximal 18 Monate verkürzt.

„Das bedeutet einen enormen Standortvorteil“, sagte Christine Herntier und lobte, dass die EU hier mit einem Gesetz unmittelbar umsetzbare Regeln für die Mitgliedstaaten geschaffen habe.

Auf die Frage, was sie anderen Regionen in Deutschland, die an einer Bewerbung interessiert sind, raten würde, antwortete sie: „Dass sie uns die Daumen drücken!“ Denn wenn die Lausitz als erste Modellregion Erfolge vorweisen kann, könnten die zunächst geografisch eingeschränkten Standortvorteile von der Politik möglicherweise breiter angewendet werden.

Verantwortlich: Szilvia Kalmár,
Johannes Kohls, Dr. Mechthild Baumann

Mecklenburg-Vorpommern

Ein Kontinent im Umbruch

Beim Landesseminar der Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern (EUMV) am 12. und 13. Oktober in der Europäischen Akademie in Waren stand die Analyse der Situation in der EU nach den Europawahlen im Mittelpunkt.

Landesvorsitzender Prof. Dr. Robert Northhoff MdL wies in seiner Einführung auf europafeindliche Tendenzen in den EU-Mitgliedstaaten hin und sah es als eine offene Frage an, wie sich die EU in den kommenden Jahren weiterentwickeln werde. Die Europäische Union sei ein unverzichtbares Friedensprojekt. Wichtig werde dabei sein, in welchem Maße die EU es schafft, international geschlossen aufzutreten.

Die Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, Bettina Martin MdL, wandte sich online mit einem Grußwort an die Seminarteilnehmer.

In einem ersten Redebeitrag beleuchtete Prof. Northhoff die „Auswirkungen der EU-Wahlen auf die Arbeit im Landtag MV“. Er verwies auf die eingetretene Schwächung der demokratischen Parteien und die erheblichen Stimmengewinne von AfD und BSW.

Die junge Politikwissenschaftlerin und Europaabgeordnete Sabrina Repp aus Rostock berichtete über ihre „ersten Erfahrungen und Herausforderungen im Europäischen Parlament“.

In seinen Ausführungen unter dem zugespitzten Titel „Europa lebt und stirbt mit der Freiheit“ knüpfte EUD-Generalsekretär Christian Moos an historische Erfahrungen im Umgang mit der Freiheit in vergangenen Jahrhunderten an.

Prof. Dr. Wolfgang Muno, Lehrstuhlinhaber für vergleichende Regierungslehre an der Universität Rostock, analysierte die Europawahlen 2024 und die Ereignisse danach.

Prof. Dr. Eckhard D. Stratenschulte, vormals Leiter der Europäischen Akademie Berlin und heute Honorarprofessor am Otto-Suhr-Institut für politische Wissenschaften der FU Berlin, stellte Standpunkte zum Thema „Aufbruch oder Aufbrechen: Die EU zwischen Zukunft und Erosion“ vor.

„Europa und der Nahe Osten“ war ein weiteres Thema des Seminars. Anhand von historischen Fakten zur Entwicklung der Region in Zusammenhang mit religiösen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Vorgängen beschrieb Prof. Northhoff seine Vorstellungen für eine mögliche Überwindung der gegenwärtigen Situation.

Im Rahmen des Seminars wurden Schülerinnen aus der Region, die sich am bundesweiten 71. Europäischen Wettbewerb mit künstlerischen Arbeiten beteiligt hatten, mit einer Anerkennung der EUMV ausgezeichnet.

Extremismusseminar

Am 9. November veranstaltete die EU MV in der Neubrandenburger Kinokirche Latücht ihr jährliches Extremismusseminar. Eingeführt in das Thema wurde mit einem Spielfilm: „Die Welle“ zog seit 2008 rund 2,5 Mio. Menschen in die Kinos. Regisseur Dennis Gansel richtete an die Teilnehmer der Veranstaltung online einführende Worte, in denen er auf die Aktualität des filmischen Inhalts verwies.

Hintergrund des Films ist ein Experiment, das 1967 von einem kalifornischen Lehrer in seinem Geschichtsunterricht in der 10. Klasse veranstaltet wurde, weil seine Schüler nicht verstehen konnten, warum das deutsche Volk den Nazis 1933 so bereitwillig folgte. Seit über 50 Jahren bewegt dieser Schulversuch viele Menschen. Diskussionen, szenische Aufarbeitungen des Geschehens, filmische Umsetzungen und romanhafte Darstellungen reißen bis in die Gegenwart nicht ab. Dennis Gansel hat mit seinem Film das damalige Geschehen adaptiert und wirkungsvoll auf deutsche Bedingungen übertragen.



Einführung von Dennis Gansel, Regisseur des Films „Die Welle“, beim Extremismusseminar in Neubrandenburg
Foto: EUMV

In der anschließenden Diskussion unter Leitung des Landesvorsitzenden Prof. Northhoff wurde der Bogen zur aktuellen Situation in der EU und einzelnen Mitgliedstaaten geschlagen. Einigkeit bestand darin, dass die Verbreitung von rechten und rechtsextremen Positionen zugenommen habe und diese sowohl unter Jugendlichen als auch unter älteren Menschen eine durchaus spürbare Übernahme finden. Die weit verbreiteten Verunsicherungen durch die gesellschaftliche Gesamtsituation und die immer größer werdenden Widersprüche in der Politik der Bundesregierung seien dafür wesentliche Ursachen. Besonders zwei Schlussfolgerungen wurden herausgearbeitet: Mehr miteinander reden! Sei es unter Freunden und Bekannten, mit den Nachbarn oder anderen Bürgerinnen und Bürgern, mit denen wir zusammenkommen: unvoreingenommen, bereit zum Zuhören, ausgerüstet mit überzeugenden Argumenten, um Nachdenken über das eigene Verhalten auszulösen. Und: Wir benötigen in der Schule einen offeneren Umgang mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, eine Auseinandersetzung mit rechten, antidemokratischen Lösungen und Verhaltensweisen, um positives demokratisches Gemeinschaftsdenken zu fördern.

Verantwortlich: Anette Suchanow-Krull

Luxemburg

March for Open Borders

Pulse of Europe und Europa-Union Luxemburg (EUL) sowie die Jungen Europäischen Föderalisten waren am 2. November auf dem von der europafreundlichen Partei VOLT organisierten „March for Open Borders“ im Dreiländereck vertreten. Insgesamt nahmen 200 bis 250 Personen daran teil. Der Protestzug startete in Apach (Frankreich), ging über Perl (Deutschland) nach Schengen (Luxemburg), wo er mit Statements am Europadenkmal endete.

Wir protestierten damit gegen Grenzkontrollen im Schengenraum, die von etlichen Ländern mittlerweile durchgeführt werden. Diese sind nach Meinung der Demonstrierenden reine Symbolpolitik und gefährden die Errungenschaft offener Grenzen innerhalb der Schengenländer, woran man sich gerade auch in der Großregion mittlerweile gewöhnt hat. Grenzkontrollen, egal ob stationär oder mobil, haben reale wirtschaftliche Schäden zur Folge. Diese großen Schäden stehen in keinem Verhältnis zum sehr begrenzten Nutzen, den diese Kontrollen bringen. Insbesondere bei stationären Kontrollen können Kriminelle sehr leicht ausweichen und entsprechend produzieren diese vor allem Stau und Verdruss.



Mitglieder von JEF und EUL beim Start der Demo in Apach (F)

Wir fordern die Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Österreichs und weiterer Schengen-Länder mit Grenzkontrollen an den Binnengrenzen des Schengenraumes auf, diese unverzüglich zu beenden. Stattdessen sollten gemeinsame europaweite Lösungen gefunden werden.

Europa-Union Luxemburg und Pulse of Europe Luxembourg werden zusammen mit ihren Partnern von der JEF und der Europäischen Bewegung sowie den anderen Verbänden von Europa-Union und UEF weiterhin für offene Grenzen innerhalb des Schengenraumes eintreten.

Zu Gast in Budapest

Die Budapest-Exkursion der Europa-Union Luxemburg vom 20. bis 24. Mai lag unmittelbar vor der Europawahl, den ungarischen Kommunalwahlen sowie dem Beginn der ungarischen Ratspräsidentschaft. Sie bot den Teilnehmern, darunter auch Mitgliedern des Deutschen Vereins Luxemburg, wertvolle Einblicke in die politischen und kulturellen Dynamiken Ungarns. Ein zentrales Thema waren die aktuellen politischen Herausforderungen des Landes im EU-Kontext. Insbesondere bei den Gesprächen mit Vertretern der Oppositionsparteien wurden die tiefgreifenden politischen Probleme deutlich, denen Ungarn gegenübersteht.

Ein besonderes Highlight war das Treffen mit dem Ehrenmitglied der EUL, Dr. Heinrich Kreft. Der ehemalige deutsche Botschafter in Luxemburg und heutige Professor an der Andrassy Universität Budapest gab fundierte Einblicke in die deutsch-ungarischen Beziehungen und die europäische Politik. Seine Analysen halfen den Teilnehmern, die komplexen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen besser zu verstehen. Die Andrassy Universität, die eine wichtige Rolle bei der Förderung der



Die Delegation bei der EU-Vertretung in Budapest mit dem Acting Head of Representation Mátyás Maksi

deutsch-ungarischen Beziehungen und der europäischen Integration spielt, bot den perfekten Rahmen für diese tiefgehenden Diskussionen.

Zusätzlich zu den politischen Gesprächen in der Vertretung der EU-Kommission und der Deutschen Botschaft bot die Reise auch kulturelle Erlebnisse. Die Teilnehmer besuchten das beeindruckende ungarische Parlament, ein architektonisches Meisterwerk, und historische Stätten wie die St.-Stephans-Basilika, in denen sich die reiche Geschichte und Kultur Ungarns widerspiegelt.

Während des Besuchs im Parlament erhielten die Teilnehmer zudem einen umfassenden Überblick über die politische Struktur Ungarns und die aktuellen Debatten im Land. Diese Begegnungen verdeutlichten die Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, um die demokratischen Werte und die Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen.

Die Exkursion war ein großer Erfolg, wie die vielen positiven Rückmeldungen der Teilnehmenden bewiesen. Sie zeigte einmal mehr die Bedeutung des Austauschs und des gegenseitigen Verständnisses für die Förderung eines vereinten und starken Europas. Gleichzeitig stärkte sie die Bindungen zwischen Luxemburg, Deutschland und Ungarn und schärfte das Bewusstsein für die gemeinsamen europäischen Werte. Wir bedanken uns bei der Stiftung Forum Europa Luxemburg für die finanzielle Unterstützung der Exkursion.

Verantwortlich: Raphael Zingen,
Stefan Kohler

„Deutschland wählt, Europa zählt“ Bundestagswahlkampagne 2025

Die Bundestagswahl ist nicht nur eine nationale Entscheidung, sondern eine Richtungswahl für Europa. Deutschland, als größter Mitgliedstaat der EU, hat maßgeblichen Einfluss auf die Politik und Zukunft der Europäischen Union. Gleichzeitig prägt die EU viele Aspekte unseres Alltags und unserer Gesetzgebung.

Im Vorfeld der Bundestagswahl möchten EUD und JEF einerseits die Bedeutung Europas für Deutschland sichtbar machen, andererseits die Bedeutung der deutschen Politik für die EU hervorheben. Wir wollen die Menschen dafür sensibilisieren, dass ihre Wahlentscheidung auch Auswirkung auf unser Zusammenleben in Europa hat, und sie motivieren, Europa aktiv mitzugestalten und sich für eine handlungsfähige, demokratische und solidarische EU einzusetzen. Zugleich gilt es, unsere zentralen Forderungen und Verbandspositionen als EUD und JEF zu kommunizieren und an die Kandidierenden für den Bundestag heranzutragen.

Zur Vorbereitung unserer Aktivitäten bleibt nicht viel Zeit. Schon jetzt können

Verbände Materialien in der Bundesgeschäftsstelle anfordern. Angebote und Bestellformular finden Sie auf der EUD-Webseite: www.europa-union.de/service/eud-werbemittel. Eine „Tool-Box“ mit Anregungen und Rezepten für Veranstaltungen und Aktionen ist ebenfalls dort abrufbar: www.europa-union.de/service/best-practice

Eine „Task Force“ des EUD-Präsidiums unter Mitwirkung der JEF erarbeitet aktuell einen Katalog von Fragen an Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag, der unseren Mitgliedern und Verbänden als Handreichung zur Verfügung gestellt wird: Alle sind eingeladen, den Kandidierenden Fragen zu Europa zu stellen – sei es bei Veranstaltungen unserer Verbände, sei es bei Wahlkampfveranstaltungen der Parteien oder anderer Organisationen, an denen man teilnimmt, oder aber auch auf schriftlichem Wege.

Zur Unterstützung der Aktivitäten vor Ort gehören zudem Angebote wie Musterpresseerklärungen und ein Webinar zu „Best Practice“-



Die vorgezogene Neuwahl des Bundestages soll am 23.02.2025 stattfinden.

Foto: iStock/Santje09

Formaten. In Planung durch den Bundesverband sind ferner zwei zentrale Online-Bürgerdialoge im Januar und Februar, Schulprojekte mit dem Fokus auf Erstwählerinnen und -wähler sowie Videoclips und wöchentliche Aktionen auf den Social Media-Kanälen.

Detaillierte Informationen zur Kampagne und den Angeboten des Bundesverbandes erhalten alle Mitglieder Anfang Januar.

Unser Motto: Jede und Jeder kann mitentscheiden, wie Deutschland Europa mitgestaltet. Denn:

Deutschland wählt – und Europa zählt. ■



**„Zusammenkunft ist ein Anfang.
Zusammenhalt ist ein Fortschritt.
Zusammenarbeit ist der Erfolg.“
(Henry Ford)**

Also: Bleiben wir im Gespräch,
denn wir freuen uns auch
im Jahr 2025 auf eine
erfolgreiche und inspirierende
Zusammenarbeit mit Ihnen.

Ihnen und Ihrer Familie ein
beschaufliches Weihnachtsfest
und im neuen Jahr viel Glück,
Gesundheit und gutes Gelingen!

**Ihr Team der
Europa-Union Deutschland**